

**Grundsätze der Unternehmens-
und Beteiligungsleitung
im Bereich des Bundes**

**Bundes Public Corporate Governance
Kodex 2017
(B-PCGK 2017)**

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	6
2. Inhalt und Zielsetzung des Kodex.....	9
3. Begriffsbestimmungen.....	9
3.1 Anteilseigner	9
3.2 Überwachungsorgan	10
3.3 Unternehmen	10
3.4 Unternehmen des Bundes	10
3.5 Tochterunternehmen von Unternehmen des Bundes.....	13
3.6 Subunternehmen von Unternehmen des Bundes	13
3.7 Konzern.....	13
4. Geltungsbereich des Kodex	14
5. Struktur des Kodex.....	14
5.1 Rechtswirkungen dieses Kodex	14
5.2 Verpflichtende Regeln.....	15
5.3 “Comply or Explain“-Regeln	15
5.4 Anmerkungen.....	15
6. Verankerung des Kodex.....	15
6.1 Verankerung im Regelwerk der Unternehmen durch die Anteilseigner.....	15
6.2 Verankerung über die Überwachungsorgane der Unternehmen	15
7. Rechte und Pflichten der Anteilseigner.....	16
7.1 Umfang der Anteilseignerrechte.....	16
7.2 Zuständigkeit zur Wahrnehmung der Anteilseignerrechte	16
7.3 Maßstab für die Wahrnehmung der Anteilseignerrechte	16
7.4 Dokumentation der Entscheidungen der Anteilseigner	17
7.5 Erwerb von Beteiligungen	17
7.6 Sicherung der Einflussnahme des Bundes und der Unternehmen des Bundes	18
7.7 Finanz- und Beteiligungscontrolling	18
8. Zusammenwirken von Geschäftsleitung und Überwachungsorgan	19
8.1 Grundsätze	19
8.1.1 Basis des Zusammenwirkens.....	19
8.1.2 Zusammenwirken bei der Unternehmensstrategie	19
8.1.3 Zusammenwirken bei erheblichen Änderungen im Unternehmen.....	19

8.1.4	<i>Informationspflichten der Geschäftsleitung</i>	20
8.1.5	<i>Inhalt und Turnus der Berichtspflichten</i>	20
8.1.6	<i>Festlegung der Berichtspflichten an das Überwachungsorgan</i>	20
8.1.7	<i>Form und Rechtzeitigkeit der Berichtslegung</i>	20
8.1.8	<i>Überwachung der Einhaltung der Berichtspflichten</i>	20
8.2	Grundsatz der Vertraulichkeit beim Zusammenwirken	21
8.3	Verantwortlichkeit der Geschäftsleitung und des Überwachungsorgans	21
8.3.1	<i>Sorgfaltsmaßstab</i>	21
8.3.2	<i>Grundsätze der Unternehmensführung</i>	22
8.3.3	<i>Haftpflichtversicherung für Geschäftsleitung und Überwachungsorgan</i>	22
8.4	Kreditgewährung an Organe und leitende Angestellte des Unternehmens	22
9.	Geschäftsleitung	23
9.1	Aufgaben und Zuständigkeit	23
9.1.1	<i>Primäre Verantwortung für die Leitung des Unternehmens</i>	23
9.1.2	<i>Festlegung der Unternehmensstrategie</i>	24
9.1.3	<i>Hinwirken auf Einhaltung der Rechtsvorschriften und Richtlinien</i>	24
9.1.4	<i>Vorsorge für Risikomanagement, Risikocontrolling und Korruptionsprävention</i>	24
9.1.5	<i>Berichtspflichten über Ereignisse im Unternehmen</i>	24
9.2	Zusammensetzung der Geschäftsleitung	24
9.2.1	<i>Anzahl der Mitglieder</i>	24
9.2.2	<i>Geschäftsordnung und Geschäftsverteilung</i>	25
9.3	Bestellung der Mitglieder der Geschäftsleitung	25
9.3.1	<i>Ausschreibungspflicht vor Betrauung mit der Funktion</i>	25
9.3.2	<i>Vorzeitige Ausschreibung der Geschäftsleitung</i>	26
9.3.3	<i>Betrauung mit der Geschäftsleitungsfunction</i>	26
9.3.4	<i>Dauer der Betrauung mit der Geschäftsleitungsfunction</i>	26
9.3.5	<i>Wiederbestellung der Geschäftsleitungsfunction</i>	27
9.3.6	<i>Bemessung der Vergütung für die Mitglieder der Geschäftsleitung</i>	27

9.4	Widerruf der Bestellung zum Mitglied der Geschäftsleitung	29
9.4.1	<i>Widerrufsgründe</i>	29
9.4.2	<i>Beendigung des Anstellungsvertrages bei Widerruf.</i>	30
9.4.3	<i>Abschlagszahlung bei Beendigung des Anstellungsvertrages</i>	30
9.5	Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung	31
9.5.1	<i>Wettbewerbsverbot</i>	31
9.5.2	<i>Verbot der Forderung und Annahme von Zuwendungen.</i>	31
9.5.3	<i>Verbot der Verfolgung persönlicher Interessen</i>	31
9.5.4	<i>Verpflichtung zur Offenlegung von Interessenkonflikten</i>	31
9.5.5	<i>Geschäfte zwischen Geschäftsleitung und Unternehmen.</i>	31
9.5.6	<i>Nebenbeschäftigung</i> der Mitglieder der Geschäftsleitung.....	32
10.	Leitende Angestellte der Unternehmen	32
11.	Überwachungsorgan	32
11.1	Aufgaben.....	32
11.1.1	<i>Grundsätze der Überwachungstätigkeit</i>	32
11.1.2	<i>Umfang und Inhalt der Überwachungstätigkeit</i>	33
11.1.3	<i>Verantwortlichkeit der Mitglieder des Überwachungsorgans</i>	33
11.1.4	<i>Geschäftsordnung des Überwachungsorgans</i>	34
11.1.5	<i>Selbstkontrolle des Überwachungsorgans</i>	34
11.2	Zusammensetzung des Überwachungsorgans	34
11.2.1	<i>Bestellung der Mitglieder des Überwachungsorgans</i>	34
11.2.2	<i>Ausübung der Mitgliedschaft im Überwachungsorgan</i>	35
11.2.3	<i>Bestellung des Vorsitzenden des Überwachungsorgans</i>	36
11.3	Aufgaben des Vorsitzenden des Überwachungsorgans	36
11.4	Ausschüsse des Überwachungsorgans	36
11.4.2	<i>Übertragung von Zustimmungsbefugnissen an einen Ausschuss des Überwachungsorgans</i>	37
11.5	Vergütung für die <i>Mitglieder des Überwachungsorgans</i>	37

11.5.1 Grundsätze der Festlegung der Vergütung	37
11.5.2 Regelmäßige Überprüfung der Vergütung	38
11.5.3 Sitzungsgeld.....	38
11.5.4 Zuständigkeit zur Festlegung der Vergütung und des Sitzungsgelds	38
11.5.5 Bedienstete des Anteilseigners im Überwachungsorgan	38
11.6 Interessenkonflikte der Mitglieder des Überwachungsorgans	39
11.7 Überwachungstätigkeit bei Unternehmen ohne Überwachungsorgan	40
12. Transparenz	40
12.1 Veröffentlichungen von Informationen der Unternehmen	40
12.2 Offenlegung der Vergütungen der Mitglieder der Geschäftsleitung und des Überwachungsorgans.....	40
13. Interne Revision.....	40
13.1 Einrichtung der internen Revision	40
13.2 Gemeinsame Revisionsstelle	41
13.3 Organisatorische Eingliederung der internen Revision	41
13.4 Erteilung der Prüfungsaufträge	41
13.5 Information über Prüfungsaufträge.....	41
14. Rechnungswesen/-legung und Abschlussprüfung	41
14.1 Anforderungen an das Rechnungswesen	41
14.2 Rechnungslegung	42
14.3 Bestellung des Abschlussprüfers	43
15. Corporate Governance Bericht	45
15.1 Allgemeines	45
15.2 Darstellung der Geschäftsleitung und des Überwachungsorgans	46
15.3 Darstellung der Vergütungen	46
15.4 Berücksichtigung von Genderaspekten.....	47
15.5 Externe Überprüfung des Berichtes	47
ANHANG 1	48
ANHANG 2 (Verzeichnis der angegebenen Literatur)	50

1. Einleitung

In Österreich entfällt auf staatseigene und staatsnahe Unternehmen ein großer Teil des BIP, der Beschäftigung und der Marktkapitalisierung. Zudem sind diese Unternehmen häufig in den Versorgungs- und Infrastruktursektoren (zB *Energiewirtschaft, Verkehrswesen, kommunale Infrastruktur, Kultur, Sozialwesen, Gesundheitssektor*) tätig, deren Leistungen für weite Teile der Bevölkerung und des Unternehmenssektors von Bedeutung sind. Es kommt daher auf die Corporate Governance dieser Unternehmen an, um sicher zu stellen, dass sie einen positiven, fairen, transparenten Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Effizienz und Wettbewerbskraft Österreichs in einer Weise leisten, die allgemein anerkannt, geschätzt und akzeptiert ist.

Vor diesem Hintergrund und im Kontext der von der Bundesregierung eingeleiteten Verwaltungsreformaktivitäten wurde der Bedarf nach einer Festschreibung von Corporate Governance-Regelungen für diese Unternehmen artikuliert. Eine kleine Arbeitsgruppe im Bundeskanzleramt hat sich mit dem Thema auseinander gesetzt und zu diesem Zweck ausführliche Konsultationen durchgeführt. Sie beriet sich mit sachkundigen Personen - wie Aufsichtsratsmitgliedern und Vorstandsvorsitzenden einschlägiger Unternehmen, Vertretern staatlicher Rechnungsprüfungsgremien und Verwaltungsexperten. Sie wertete unter anderem die OECD-Grundsätze der Corporate Governance öffentlicher Unternehmen ebenso aus wie den Österreichischen Corporate Governance Kodex für die Privatwirtschaft und vergleichbare Governance-Regelungen in Deutschland und der Schweiz. Das Ergebnis dieser Arbeit wurde einer allgemeinen Begutachtung unterzogen, deren Anregungen weitgehend eingearbeitet wurden.

Der folgende Kodex befasst sich mit Fragen, die speziell die Corporate Governance staatseigener und staatsnaher Unternehmen betreffen. In ihm werden somit aus der Sicht des Staates in seiner Eigenschaft als Eigentümer Maßnahmen festgelegt, die eine gute Corporate Governance gewährleisten sollen.

Um seinen Pflichten als Eigentümer nachzukommen, kann der Staat nutzbringend auf eine Reihe von Instrumenten zurückgreifen, die dem privaten Sektor zur Verfügung stehen. Im Governance-Bereich stehen staatsnahe Unternehmen vor speziellen Herausforderungen. So gilt es unter anderem, unbilliger Einmischung bzw. Passivität im Zusammenhang mit der Gestaltung effizienter Verwaltung/Steuerung entgegenzuwirken. Zudem kann

es zu einer Verwässerung der Verantwortlichkeiten kommen. Beides ist nicht wünschenswert. Staatseigene und staatsnahe Unternehmen stehen oftmals nicht im selben Ausmaß wie der private Sektor vor großen marktwirtschaftlichen Herausforderungen, die gleichzeitig eine entscheidende Rolle spielen. Umso mehr ist es notwendig, dass andere Regelungen Stabilität, Nachhaltigkeit, verantwortungsvolle Entscheidungsprozesse und das Vertrauen der Kunden sowie des Marktes sichern.

Corporate-Governance-Regeln staatseigener und staatsnaher Unternehmen finden ihren besonderen Sinn in der Tatsache, dass seitens der öffentlichen Hand als Eigentümer auch eine besondere Verantwortung und Sorgfaltspflicht gegenüber dem öffentlichen Eigentum bzw. der Öffentlichkeit besteht und im Rahmen der Unternehmens- und Eigentümerverantwortung nicht nur marktwirtschaftliche Komponenten zum Tragen kommen, sondern auch volkswirtschaftliche Aspekte und Aufgaben der Daseinsvorsorge zu berücksichtigen sind bzw. Kernaufgaben darstellen können. Das Netz von Verantwortlichkeiten (*Geschäftsführung, Aufsichtsrat, Eigentümervertretung*) so zu strukturieren bzw. zu vollziehen, dass eine effiziente Entscheidungsfindung und eine gute Corporate Governance gewährleistet sind, ist die Herausforderung.

Da die Leitsätze als allgemeine Anleitungen gedacht sind, die den Entscheidungsträgern auf den staatlichen Ebenen bei der Performance-Steigerung „ihrer“ Unternehmen helfen sollen, ist bei der Entscheidung über ihre Anwendung auf einzelne Unternehmen ein pragmatisches Vorgehen angezeigt. Die Leitsätze wenden sich in erster Linie an Unternehmen, die eine eigene (*d.h. von den Gebietskörperschaften getrennte*) Rechtspersönlichkeit aufweisen und einer Tätigkeit nachgehen, die sich auf Vermögenswerte stützt und mit Einnahmen und Ausgaben verbunden ist, unabhängig davon, ob sie darüber hinaus auch Ziele der öffentlichen Verwaltung verfolgen. Diese Unternehmen können in wettbewerbsoffenen oder wettbewerbsfreien Sektoren der Wirtschaft tätig sein. Die Leitsätze sollen auch auf die Tochtergesellschaften dieser Unternehmen angewandt werden. Es liegt im Interesse des Staats wie auch der Öffentlichkeit, dass all diese Kategorien staatseigener und staatsnaher Unternehmen professionell geführt werden und sich an die Regeln guter Corporate Governance halten.

Die Regelungen dieses Kodex sind in ihrer Formulierung nur auf den Bund und bundeseigene bzw. bundesnahe Unternehmen bezogen. Die Notwendigkeiten, aus denen der Public Corporate Governance Kodex entwickelt wur-

de, sind natürlich für Länder und Gemeinden dieselben. Die Anwendung dieses Kodex steht ihnen daher selbstverständlich offen.

Der Kodex gilt nicht für börsennotierte Aktiengesellschaften, da für diese gemäß § 243c UGB ein auf solche Gesellschaften abgestellter Kodex Anwendung findet.

Rechtlich stellen die Regelungen des Kodex nach Beschluss der Bundesregierung eine Selbstbindung des Bundes dar, deren Beachtung den Organen des Bundes bei der Wahrnehmung von Anteilseigner- und Überwachungsfunktionen obliegt. In Bezug auf die von den obersten Verwaltungsorganen mit diesen Aufgaben betrauten Personen ist der Kodex rechtlich eine Weisung, die notwendigen Maßnahmen zu dessen Umsetzung vorzunehmen.

Der am 30. Oktober 2012 von der Bundesregierung beschlossene Public Corporate Governance Kodex wurde aufgrund der Erfahrungen in der Praxis und neuer gesetzlicher Bestimmungen (*zB zum Controlling und zur Abschlussprüfung*) unter Einbeziehung mehrerer betroffener Ressorts einer Revision unterzogen. Die Änderungen und Ergänzungen sind im Public Corporate Governance Kodex 2017 (*B-PCGK 2017*) aufgenommen worden. Der B-PCGK 2017 wurde am 2017 von der Bundesregierung beschlossen und kommt ab dem Geschäftsjahr 2017 zur Anwendung.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichwohl für beiderlei Geschlecht.

2. Inhalt und Zielsetzung des Kodex

Dieser Bundes Public Corporate Governance Kodex 2017 (*kurz B-PCGK 2017*) enthält wesentliche Bestimmungen gelgenden Rechts sowie international und national anerkannte Standards zur Leitung und Überwachung von Unternehmen des Bundes, seiner Tochterunternehmen und Subunternehmen unter Berücksichtigung der besonderen Aufgaben und gemeinwirtschaftlichen Verantwortung dieser Unternehmen.

Ziel dieses Kodex ist es, die Unternehmensführung und -überwachung transparenter und nachvollziehbarer zu machen sowie die Rolle des Bundes und der Unternehmen des Bundes als Anteilseigner klarer zu fassen.

Anmerkungen:

Nationaler Standard ist der vom Österreichischen Arbeitskreis für Corporate Governance herausgegebene Österreichische Corporate Governance Kodex, Fassung Jänner 2015, internationaler Standard ist u.a. der „Corporate Governance of State-Owned Enterprises“ der OECD (2015 Edition).

3. Begriffsbestimmungen

3.1 Anteilseigner

- 3.1.1 Oberstes Verwaltungsorgan des Bundes, dem nach den Rechtsvorschriften folgende Aufgaben obliegen:
 - 3.1.1.1 die Verwaltung der Anteilsrechte des Bundes,
 - 3.1.1.2 die Wahrnehmung der beherrschenden Befugnisse am Unternehmen des Bundes oder
 - 3.1.1.3 die Aufsicht über Unternehmen gemäß Punkt 3.4.3.
- 3.1.2 Unternehmen des Bundes gegenüber Tochterunternehmen (Punkt 3.5).
- 3.1.3 Tochterunternehmen gegenüber Subunternehmen erster Stufe (Punkt 3.6).
- 3.1.4 Subunternehmen gegenüber Subunternehmen nächst niedrigerer Stufe (Punkt 3.6).

Anmerkung zu Punkt 3.1.1:

In der Praxis überträgt das „Oberste Verwaltungsorgan“ die Wahrnehmung der Anteilseignerbefugnisse und –pflichten an eine bestimmte Person oder Organisationseinheit (zB Abteilung des Bundesministeriums). Rechtlich sind diese Befugnisse und Pflichten dem „Obersten Verwaltungsorgan“ zuzurechnen.

3.2 Überwachungsorgan

Organ des Unternehmens, das nach dem Gesetz oder den Statuten des Unternehmens die Geschäftsführung bei der Leitung des Unternehmens überwacht.

Anmerkung:

Gemäß § 95 Abs. 1 AktG, § 30j GmbH-Gesetz und § 25 Abs. 1 Privatstiftungsgesetz obliegt diese Aufgabe dem Aufsichtsrat.

Daneben bestehen sondergesetzlich vorgesehene Überwachungsorgane, die die Überwachungsfunktion vergleichbar einem Aufsichtsrat bei Kapitalgesellschaften wahrnehmen; zB gemäß

- § 21 Universitätsgesetz 2002 der Universitätsrat;
- § 52 Abs. 1 Bundesstatistikgesetz 2000 der Wirtschaftsrat bei der Bundesanstalt Statistik Österreich;
- § 6 Abs. 1 Z 10 Bundesmuseen-Gesetz 2002 das Kuratorium des Bundesmuseums;
- § 12 Z 5 AMA-Gesetz 1992 der Verwaltungsrat der Agrarmarkt Austria.

3.3 Unternehmen

Jede in einer bestimmten Organisationsform in Erscheinung tretende wirtschaftliche Tätigkeit, die sich auf Vermögenswerte stützt und mit Einnahmen und Ausgaben verbunden ist. Unternehmen sind jedenfalls die Gesellschaften privaten Rechts (*Kapitalgesellschaften und Personengesellschaften*), aber auch Vereine, Stiftungen, Fonds und Anstalten, wenn sie eine derartige Tätigkeit ausüben.

Anmerkungen:

Der Unternehmensbegriff knüpft hier an Art. 126b Abs. 1 und 2 B-VG sowie an § 1 des Stellenbesetzungsgesetzes an. Zur Definition siehe VfSlg 3296/1957, 3552/1959, 10.7609/1985; Hengstschläger, Art. 126b Abs. 2 B-VG, Kroneder-Partisch in Korinek, Holoubek, Art. 126b B-VG).

3.4 Unternehmen des Bundes

- 3.4.1 Unternehmen, an denen der Bund am Stamm-, Grund- oder Eigenkapital mit mindestens 50 % beteiligt ist,
- 3.4.2 Unternehmen, die der Bund durch andere finanzielle, sonstige wirtschaftliche oder organisatorische Maßnahmen tatsächlich beherrscht oder
- 3.4.3 Gesellschaften, Stiftungen, Fonds und Anstalten öffentlichen Rechts und sonstige durch Bundesgesetz anders bezeichnete Rechtsträger öffentlichen Rechts im Sinne des Art. 126b B-VG, die der Aufsicht des Bundes unterliegen.

Anmerkungen:

Punkt 3.4.1 bis 3.4.3 geben eingeschränkt auf den Bund den derzeit gelgenden Wortlaut von Art. 126b B-VG (idF BGBI. I Nr. 106/2009) und § 12 Abs. 1 Rechnungshofgesetz 1948 (idF BGBI. I. Nr. 98/2010) wieder.

Im Initiativantrag 766/A, XXIV. GP zum derzeit geltenden § 12 Abs. 1 Rechnungshofgesetz 1948 wird in der Begründung ua. ausgeführt, dass eine „tatsächliche Beherrschung“ dann vorliegt, wenn aufgrund der finanziellen, rechtlichen und faktischen Gegebenheiten klar ist, dass der Bund das Unternehmen dominiert. Nach dem Wortlaut des Gesetzesstextes des Initiativantrages und letztlich des geltenden Gesetzesstextes gründet sich die Beherrschung jedoch nicht auf „finanzielle, rechtliche und faktische Gegebenheiten“, sondern auf bestimmte Maßnahmen und zwar auf „finanzielle oder sonstige wirtschaftliche oder organisatorische“. Die Bezugnahme der Beherrschung auf diese Maßnahmen entspricht der Rechtslage des Art. 126b B-VG und § 12 Rechnungshofgesetz 1948 vor der Novelle BGBI. I 106/2009 und BGBI. I Nr. 105/2009. Ergänzend ist durch diese Novellen lediglich hinzugekommen, dass zumindest durch eine dieser Maßnahmen eine tatsächliche Beherrschung vorliegen muss. Das bedeutet, dass die Beherrschung nach der neuen Rechtslage aufgrund der im Gesetz angeführten Maßnahmen in der Realität gegeben sein muss.

Nach verfestigter Judikatur des VfGH (zB VfSlg 5153/1965) kann auf Gesetzesmaterialien nur zugegriffen werden, wenn der Gesetzeswortlaut unklar ist. Die Begründung des Initiativantrages kann daher aufgrund des klaren Wortlautes des § 12 Rechnungshofgesetz 1948 nur in diesem Sinne verstanden werden.

Unternehmen des Bundes sind somit jedenfalls jene, an denen der Bund mindestens 50 % des Stamm-, Grund- oder Eigenkapitals innehat. Dass nicht auf eine Beteiligung gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften abgestellt wird, liegt darin begründet, dass in einem solchen Fall der Bund nur gemeinsam mit den betreffenden Gebietskörperschaften die Anwendung des Kodex bewirken könnte. Eine Verpflichtung zur Anwendung des Kodex bei solchen Unternehmen könnte unzulässiger Weise in die Befugnisse der anderen beteiligten Gebietskörperschaften eingreifen.

Bei einer finanziellen Beteiligung des Bundes von weniger als 50 % kommt es auf die tatsächlichen Verhältnisse an, ob der Bund das Unternehmen dennoch beherrscht. Beherrschung ist die rechtliche Möglichkeit der Einflussnahme auf das Unternehmen. Es muss sich daher um eine gesetzliche, satzungsgemäße oder vertraglich abgesicherte Dominanz handeln. Faktische Machtstrukturen genügen nicht (VfSlg 10.371/1985, 10.609/1985, 13.346/1993; Hengstschläger, Art. 126b Abs. 2 B-VG).

Die Möglichkeit der Einflussnahme muss von einer Intensität sein, die jener vergleichbar ist, die dem Eigentümer eines Kapitalanteils von 50 % zusteht. Dies ist der Fall, wenn eine Majorisierung durch andere Einflussträger verhindert werden kann.

Die „**organisatorische Beherrschung**“ im Sinne von Punkt 3.4.2 stellt auf eine personell organisatorische Verflechtung zwischen herrschendem Rechtsträger und beherrschtem Unternehmen ab (VfSlg 10.371/1985, 10.609/1985). Eine solche liegt vor, wenn die leitenden Personen im Unternehmen aufgrund der ihre Stellung bestimmenden organisatorischen Regelungen vom herrschenden Rechtsträger unmittelbar oder mittelbar in einer Weise abhängig sind, die es diesem ermöglicht, die Betriebsführung und Vermögensgebarung in seinem Sinn zu gestalten (VfSlg 3552/1959). Dies ist zB gegeben, wenn aufgrund der Satzung dieser Unternehmen oder vertraglicher Vereinbarungen gegen den Bund Beschlüsse der Geschäftsführung nicht zustande kommen können. Eine organisatorische Beherrschung begründen etwa auch gesetzlich oder vertraglich zugesicherte Rechte des Bundes zur Besetzung der Geschäftsführung, zur Ernennung oder Abberufung der Leitungsorgane (VfSlg 13.346/1993).

Eine „**finanzielle Beherrschung**“ liegt auch vor, wenn dem Bund die Mehrheit der Stimmrechte in den Gremien des Unternehmens zukommt, obwohl er keine Mindestbeteiligung von 50 % am Unternehmen hat.

Strittig ist, ob eine finanzielle Beherrschung durch den Bund anzunehmen ist, wenn der Bund beim betreffenden Unternehmen nur eine Ausfallhaftung übernimmt. Der VfGH hat in den Erkenntnissen VfSlg 13.346/1993 und 14.096/1995 der Ausfallhaftung des Bundes eine gewisse rechtliche Bedeutung beigemessen, wobei aber unklar ist, ob diese Ausfallhaftung das ausschlaggebende Kriterium für eine Annahme eines Beherrschungsverhältnisses war.

Subventionsempfänger gelten nicht als finanziell beherrscht, da sie nicht mit ihrer gesamten Gebarung der Kontrolle des Rechnungshofes unterliegen, sondern dieser nur die Möglichkeit hat, einen bestimmten Ausschnitt ihrer Wirtschaftstätigkeit zu überprüfen, nämlich die Verwendung der ihnen von einer Gebietskörperschaft zur Verfügung gestellten Mittel (siehe Hengstschläger, Art. 126b Abs. 2 B-VG).

Eine „**wirtschaftliche Beherrschung**“ eines Unternehmens durch den Bund liegt vor, wenn das Unternehmen seine wirtschaftliche Tätigkeit nach dem Bund auszurichten hat.

Eine Anknüpfung an den Begriff „verbundenes Unternehmen“ gemäß § 46 BHV 2013 ist verfehlt. § 46 BHV 2013 knüpft an § 92 Abs. 5 BHG 2013 an, in dem Regeln für die Berechnung von Beteiligungen des Bundes normiert sind (argumentum: 2. Satz „der Wert einer Beteiligung in jener Höhe“). Bei der Erlassung des § 46 BHV 2013 diente offensichtlich § 254 UGB als Vorbild. Das Eigenkapital eines Unternehmens hingegen stellt das Haftungs- und Verlusttilgungspotential eines Unternehmens dar (Harms/Küting, Der Betrieb, 1983, 1449). Das Eigenkapital ist daher dem Unternehmen zuzurechnen. An diesem haben die an den Unternehmen beteiligten Anteilseigner somit keinen Anteil. § 46 BHV 2013 kann daher nur so verstanden werden, dass nach dieser Bestimmung ein verbundenes Unternehmen vorliegt, wenn der Wert des Anteils des Bundes an diesem mehr als 50 % des Werts des Eigenkapitals darstellt. Entscheidend für den Einfluss auf ein Unter-

nehmen und damit auf die Umsetzung der Regelungen des Kodex ist jedoch nicht der Wert des Anteils für die Anteilseigner, sondern die mit den Anteilen verbundenen Stimmrechte in der Anteilseignerversammlung.

3.5 Tochterunternehmen von Unternehmen des Bundes

Unternehmen,

- an denen Unternehmen des Bundes mit mindestens 50 % an dessen Stamm-, Grund- oder Eigenkapital beteiligt sind oder
- die von Unternehmen des Bundes durch andere finanzielle, sonstige wirtschaftliche oder organisatorische Maßnahmen beherrscht werden.

Anmerkung:

Zur Frage der Beherrschung gelten auch hier die Anmerkungen zu Punkt 3.4.

3.6 Subunternehmen von Unternehmen des Bundes

Unternehmen, die von Unternehmen des Bundes indirekt beherrscht werden, indem sie durch eine finanzielle Beteiligung oder Beherrschung im Sinne Punkt 3.5 eines Unternehmens (*Unternehmen höherer Stufe*) über eine oder mehrere solche Stufen mit einem Tochterunternehmen des Bundes verbunden sind.

Anmerkungen:

Zur Frage der Beherrschung gelten auch hier die Anmerkungen zu Punkt 3.4.

Subunternehmen sind alle Unternehmen einer weiteren Stufe im Sinn des Art. 126b Abs. 2 B-VG letzter Satz. Ist beispielsweise ein Unternehmen des Bundes mit 50 % an einem Unternehmen finanziell beteiligt, so ist dieses dessen Tochterunternehmen, ist dieses wiederum an einem Unternehmen in diesem Ausmaß beteiligt, so ist letzteres ein Subunternehmen (Enkelunternehmen). Gleiches gilt für die Beherrschung gemäß Punkt 3.4.2. Als Subunternehmen gelten auch alle Unternehmen weiterer Stufen, wenn durch ein oder mehrere Unternehmen höherer Stufe eine solche finanzielle Beteiligung oder Beherrschung gegeben ist.

3.7 Konzern

Zusammenschluss von Unternehmen des Bundes mit anderen bzw. ihren eigenen Tochter- und Subunternehmen zu einer wirtschaftlichen Einheit unter einer einheitlichen Leitung, wobei jedes Unternehmen eine eigene Bilanz- und Erfolgsrechnung hat.

4. Geltungsbereich des Kodex

- 4.1 Dieser Kodex ist auf Unternehmen des Bundes sowie auf deren Tochter- und Subunternehmen mit mehr als 10 Bediensteten oder 300.000 € Jahresumsatz anzuwenden, soweit dem auf das betreffende Unternehmen zwingend anzuwendende gesetzliche Bestimmungen nicht entgegenstehen.

K

Anmerkungen:

Dadurch ist klargestellt, dass alle Organe, die Handlungen in Bezug auf solche Unternehmen setzen (zB Anteilseigner, Überwachungsorgane, Geschäftsführer usw.), dabei den Kodex zu beachten haben.

Bei Unternehmen in der Rechtsform einer juristischen Person des öffentlichen Rechts sind beispielsweise vielfach besondere gesetzliche Regelungen bei der Bestellung der Geschäftsführungsorgane und der Überwachungsorgane sowie besondere Überwachungsbefugnisse vorgesehen.

Unter Jahresumsatz sind bei Unternehmen, auf die das UGB nicht anzuwenden ist, die gewöhnlichen Einnahmen im Rechnungsjahr zu verstehen (siehe § 22 Vereinsgesetz 2002).

- 4.2 Für Aktiengesellschaften gemäß Punkt 4.1, die gemäß § 243c UGB einen in Österreich oder am Börsenplatz allgemein anerkannten Corporate Governance Kodex (*Österreichischer Corporate Governance Kodex - ÖCGK*) anzuwenden haben, findet der B-PCGK 2017 keine Anwendung.
- 4.3 Für Unternehmen gemäß Punkt 4.1 mit Sitz im Ausland gilt dieser Kodex, soweit zwingende Rechtsvorschriften des Sitzstaates diesem nicht entgegenstehen.

K

K

5. Struktur des Kodex

5.1 Rechtswirkungen dieses Kodex

Der Kodex enthält

- verpflichtende Regeln, die mit K gekennzeichnet sind;
- “Comply or Explain“-Regeln, die mit C gekennzeichnet sind;

Anmerkung:

Die Verpflichtung zur Einhaltung der „K“-Regeln ergibt sich unmittelbar aus dem B-PCGK, wodurch der Bund zum Ausdruck bringt, dass die jeweilige Regelung anzuwenden ist. Aufgrund der Vielfalt der Rechtsformen der Unternehmen des Bundes decken sich die K-Regeln inhaltlich nur teilweise mit zwingenden gesetzlichen Vorschriften. Insofern besteht in der Systematik des B-PCGK ein wesentlicher Unterschied im Vergleich zu jener des ÖCGK, bei dem L Regeln einheitlich auf zwingenden Vorschriften des Aktienrechts beruhen.

- 5.2 **Verpflichtende Regeln**
Verpflichtende Regeln dieses Kodex sind uneingeschränkt zu beachten, sofern ihnen im Einzelfall nicht zwingende gesetzliche Bestimmungen entgegenstehen.
- 5.3 **“Comply or Explain“-Regeln**
“Comply or Explain“-Regeln sind durch die Verwendung des Wortes „soll“ bzw. kann und durch einen entsprechenden Hinweis gekennzeichnet. Sie gründen sich auf die Rechtsverhältnisse bei Kapitalgesellschaften. Sie sind bei Unternehmen in anderer Rechtsform auf die dortigen körperschaftlichen Struktur- und Organverhältnisse soweit wie möglich zu übertragen.
- Die dem Kodex unterliegenden Unternehmen können von den “Comply or Explain“-Regeln abweichen, sind aber verpflichtet, dies jährlich in ihrem Corporate Governance Bericht samt Begründung offen zu legen.
- 5.4 **Anmerkungen**
Sie dienen der Erläuterung der jeweiligen Regelung.

6. Verankerung des Kodex

6.1 Verankerung im Regelwerk der Unternehmen durch die Anteilseigner

Die Anteilseigner haben die Beachtung dieses Kodex im Rahmen ihrer Befugnisse durch Verankerung im Regelwerk der Unternehmen sicher zu stellen. K

Anmerkungen:

Das Regelwerk, in dem die Anteilseigner den Kodex verankern können, ist in erster Linie die Satzung (Gesellschaftsvertrag, Gründungserklärung, Statuten eines Vereins, Stiftungserklärung, Satzung einer AG) des Unternehmens, weiters die Geschäftsordnung für das Überwachungsorgan und die Geschäftsleitung sowie Anstellungsverträge mit den Mitgliedern der Geschäftsleitung. Ist die Satzung gesetzlich festgelegt, kommt eine Verankerung des Kodex nur soweit in Betracht als das Gesetz einen entsprechenden Spielraum offen lässt.

6.2 Verankerung über die Überwachungsorgane der Unternehmen

Ist eine Verankerung mangels ausreichender Befugnisse durch die Anteilseigner nicht möglich, haben die durch die Anteilseigner bestellten Überwachungsorgane im Unternehmen auf Maßnahmen im Sinne dieses Kodex hinzuwirken. K

Anmerkung:

Eine Umsetzung des Kodex wäre etwa durch entsprechende Anpassung der Geschäftsordnungen für das Überwachungsorgan und die Geschäftsführung möglich.

7. Rechte und Pflichten der Anteilseigner

7.1 Umfang der Anteilseignerrechte

Die Anteilseignerrechte ergeben sich aus den auf das Unternehmen anzuwendenden gesetzlichen und satzungsmäßigen Rechtsvorschriften.

Anmerkung:

Bei Aktiengesellschaften sind die Anteilseignerrechte jene der Aktionäre. Die Aktionäre einer Aktiengesellschaft nehmen ihre Rechte grundsätzlich in der Hauptversammlung wahr (§ 102ff AktG). Außerhalb der Hauptversammlung stehen den Aktionären weitere bestimmte Rechte zu (siehe zB §§ 89 Abs. 1, 109 Abs. 1, 130 Abs. 2 und 214 Abs. 3 AktG).

Bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung sind die Anteilseignerrechte jene der Gesellschafter. Die Gesellschafter einer GmbH nehmen ihre Rechte in der Regel in Form einer Generalversammlung wahr (§§ 34ff GmbHG). Ist der Bund Alleingesellschafter können Gesellschafterbeschlüsse ohne formelle Generalversammlung schriftlich gefasst werden (§ 34 Abs. 1 GmbHG). Die Gesellschafter einer GmbH können der Geschäftsführung Weisungen erteilen, dies auch gegen Beschlüsse des Aufsichtsrats (vgl dazu auch die Anmerkung zu Punkt 9.1.1.2).

Bei Vereinen sind als Anteilseignerrechte die Rechte der Mitglieder anzusehen. Die Mitglieder nehmen ihre Rechte in der Mitgliederversammlung wahr (§§ 5, 20, 21 Abs. 4 und 5 sowie § 25 VerG).

Selbständige Anstalten, Fonds und Stiftungen haben nach höchstgerichtlicher Judikatur (zB des OGH 15.7.1999, 60b 74/99x, 16.5.2001, 60b 85/01w, VfSlg 3296/1957) eigene Rechtspersönlichkeit, aber keine Anteilseigner. Eigentümer des Vermögens ist die Anstalt, der Fonds oder die Stiftung selbst. Bei derartigen Unternehmen sind als Anteilseignerrechte die die Beherrschung begründenden Befugnisse des Bundes bzw. des Unternehmens des Bundes bei den von ihm beherrschten Rechtsträgern anzusehen.

7.2 Zuständigkeit zur Wahrnehmung der Anteilseignerrechte

Der Bund nimmt seine Rechte als Anteilseigner an Unternehmen des Bundes und die Unternehmen des Bundes an deren Tochterunternehmen und Subunternehmen in der Versammlung der Anteilseigner oder sonst im Rahmen der Herrschaftsbefugnisse wahr.

K

7.3 Maßstab für die Wahrnehmung der Anteilseignerrechte

Bei der Wahrnehmung der Anteilseignerrechte sind die Gesetze, die Grundsätze der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit, der Transparenz sowie das öffentliche Interesse an der optimalen Wahrnehmung der Aufgaben des Unternehmens zu berücksichtigen.

K

Die für die Unternehmen geltenden Ziele, Wirkungen und Messgrößen sind im Rahmen der wirkungsorientierten Unternehmensführung jährlich rollierend festzulegen und zu dokumentieren.

K

7.4 Dokumentation der Entscheidungen der Anteilseigner

Alle Entscheidungen des Anteilseigners sind schriftlich zu dokumentieren. Die Organisationseinheiten, die die Anteilseignerrechte vollziehen, sind in der Geschäftseinteilung auszuweisen.

K

7.5 Erwerb von Beteiligungen

7.5.1 Oberste Verwaltungsorgane des Bundes dürfen für den Bund nur unter den Voraussetzungen des § 71 BHG 2013 Beteiligungen an Unternehmen erwerben.

K

7.5.2 Unternehmen des Bundes dürfen, sofern gesetzliche Regelungen dem nicht entgegenstehen, Beteiligungen an Unternehmen erwerben, wenn

K

7.5.2.1 es wichtigen Interessen des Unternehmens des Bundes dient,

7.5.2.2 die sich aus der Beteiligung ergebende Zahlungsverpflichtung mit einem bestimmten Betrag begrenzt ist,

7.5.2.3 das Unternehmen des Bundes einen angemessenen Einfluss im Überwachungsorgan des Unternehmens erhält und sichergestellt ist, dass die auf Veranlassung des Unternehmens des Bundes gewählten oder entsandten Mitglieder dieses Überwachungsorgans in Ausübung ihrer Tätigkeit auch die besonderen Interessen des Unternehmens des Bundes berücksichtigen und

7.5.2.4 mit dem Anteilseigner am Unternehmen des Bundes – ist dieses eine Aktiengesellschaft, mit dessen Aufsichtsrat – das Einvernehmen hergestellt wurde.

Anmerkung:

Die Regelung gemäß Punkt 7.5.2 ist jener in § 71 BHG 2013, die nur für die haushaltsleitenden Organen des Bundes gilt, nachgebildet. Sie steht im Einklang mit § 70 AktG, da der Vorstand an die in der Satzung der Aktiengesellschaft vorgegebenen Zielsetzungen bei der Leitung der Gesellschaft gebunden ist (siehe Jabornegg – Strasser, § 70 Rz 1ff). Diese Regelung wäre daher bei Unternehmen, bei denen keine Weisungsbefugnis der Anteilseigner gegenüber der Geschäftsleitung, wie zB bei der

AG, besteht, entsprechend Punkt 6 des Kodex in das Regelwerk des Unternehmens aufzunehmen.

7.6 Sicherung der Einflussnahme des Bundes und der Unternehmen des Bundes

- 7.6.1 Bei Unternehmen mit mehr als 30 Bediensteten oder einem Jahresumsatz von mehr als 1 Mio. €, die nicht kraft Gesetzes einen Aufsichtsrat zu bilden haben bzw. für die nicht der Aufsichtsrat einer Muttergesellschaft zuständig ist, soll in der Satzung oder im Gesellschaftsvertrag ein Überwachungsorgan vorgesehen sein, auf das die Bestimmungen des GmbHG oder des AktG über den Aufsichtsrat sinngemäß anzuwenden sind und dem vom Bund bzw. von Unternehmen des Bundes gewählte oder entsandte Mitglieder angehören.

C

Anmerkung:

Zum Begriff Jahresumsatz siehe Anmerkung zu Punkt 4.1.

- 7.6.2 Zur Sicherstellung eines angemessenen Einflusses des Bundes bzw. der Unternehmen des Bundes ist in der Geschäftsordnung für die Geschäftsleitung ein entsprechender Katalog zustimmungspflichtiger Geschäfte durch das Überwachungsorgan vorzusehen.

K

- 7.6.3 Weiters soll in der Satzung der Unternehmen vorgesehen werden:

C

- 7.6.3.1 regelmäßige Informationspflichten der Geschäftsleitung an den Anteilseigner über den Stand der Umsetzung der Zielvorgaben des Anteilseigners und der Unternehmensstrategie;
- 7.6.3.2 Erfordernis der Zustimmung der Anteilseigner zu Maßnahmen, die zu einer erheblichen Veränderung der Geschäftstätigkeit oder zu einer grundlegenden Veränderung der Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage oder der Risikostruktur des Unternehmens führen können.

- 7.6.4 Eine sachfremde Einflussnahme auf die Unternehmensführung und -kontrolle ist unzulässig.

K

7.7 Finanz- und Beteiligungscontrolling

- 7.7.1 Zur Unterstützung von Steuerung und Kontrolle von Rechtsträgern gemäß § 67 Abs. 1 BHG 2013 in der jeweils geltenden Fassung sowie sonstiger Rechtsträger, für die ein Beteiligungs- und Finanzcontrolling gesetzlich normiert ist, ist von den mit der Verwaltung der Anteilsrechte bzw. von den mit der Aufsicht betrauten Bundesministerinnen oder Bundesministern ein Beteiligungscontrolling sowie vom Bundesminister für Finanzen ein Finanzcontrolling auf Basis der Beteiligungs- und Finanzcontrolling-Verordnung, BGBl. II Nr. 511/2012 in der je-

K

weils geltenden Fassung, durchzuführen. Das Beteiligungscontrolling umfasst auch das Risikocontrolling.

- 7.7.2 Die Geschäftsleitung der Rechtsträger gemäß Punkt 7.7.1. hat für die Einrichtung eines Planungs- und Berichterstattungssystems zu sorgen, das die Erfüllung der Berichterstattungspflichten nach den gesetzlichen Vorschriften und der Beteiligungs- und Finanzcontrolling-Verordnung in der jeweils geltenden Fassung sicherstellt.

K

8. Zusammenwirken von Geschäftsleitung und Überwachungsorgan

8.1 Grundsätze

8.1.1 Basis des Zusammenwirkens

Geschäftsleitung und Überwachungsorgan arbeiten zum Wohle des Unternehmens eng zusammen. Basis dafür ist gegenseitiges Vertrauen, das durch Einhaltung der in diesem Kodex festgelegten Transparenz-, Offenlegungs- und Vertraulichkeitspflichten geschaffen und im Rahmen offener Diskussionen gelebt wird.

K

Anmerkung:

Gemäß § 71 Abs. 1 Z 3 BHG 2013 haben die auf Veranlassung des Bundes gewählten oder entsandten Mitglieder des Überwachungsorgans in Ausübung ihrer Tätigkeit auch die besonderen Interessen des Bundes zu berücksichtigen. Sie haben aber jedenfalls das Interesse des Unternehmens zu wahren.

8.1.2 Zusammenwirken bei der Unternehmensstrategie

Die Geschäftsleitung stimmt auf der Grundlage des Unternehmensgegenstandes und allfälliger Zielvorgaben des Anteilseigners die Unternehmensstrategie mit dem Überwachungsorgan ab und erörtert mit ihm in regelmäßigen Abständen den Stand der Umsetzung.

K

8.1.3 Zusammenwirken bei erheblichen Änderungen im Unternehmen

Maßnahmen der Geschäftsführung, die zu einer erheblichen Veränderung der Geschäftstätigkeit oder zu einer grundlegenden Veränderung der Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage oder der Risikostruktur des Unternehmens führen können, bedürfen der vorherigen Zustimmung des Überwachungsorgans.

K

Anmerkungen:

In den aufgezählten Fällen ist die Zustimmung des Überwachungsorgans einzuholen, auch wenn das auf das Unternehmen anzuwendende Gesetz eine Zustimmung für solche Fälle nicht vorsieht. Eine Zustimmung ist jedoch nicht erforderlich, wenn die Maßnahme der Geschäftsführung auf Beschluss oder Weisung der Anteilseigner erfolgt (zB Gesellschafterbeschluss bei der

GmbH), da ein Beschluss der Anteilseigner jenem des Überwachungsorgans vorgeht und dazu führt, dass eine Haftung des Überwachungsorgans insoweit ausgeschlossen ist. Allfällige im auf das Unternehmen anzuwendende Gesetz normierte Zustimmungspflichten bleiben unberührt (zB § 95 AktG), so dass beide Regelungen einander ergänzen.

8.1.4 Informationspflichten der Geschäftsleitung

Die Geschäftsleitung informiert von sich aus das Überwachungsorgan regelmäßig, zeitnah und umfassend über

K

- 8.1.4.1 alle für das Unternehmen relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des Risikomanagements;
- 8.1.4.2 die Überwachung der Einhaltung der für das Unternehmen geltenden Regelungen;
- 8.1.4.3 für das Unternehmen bedeutende Veränderungen des wirtschaftlichen Umfelds;
- 8.1.4.4 alle Abweichungen von den aufgestellten Plänen und Zielen unter Angabe von Gründen.

8.1.5 Inhalt und Turnus der Berichtspflichten

Inhalt und Turnus der Berichtspflichten sollen sich auch bei Unternehmen, die nicht als Aktiengesellschaft oder als GmbH geführt werden, an § 28a GmbHG und § 81 AktG orientieren, wenn keine besonderen gesetzlichen Regelungen gelten.

C

Anmerkung:

Gemäß § 28a Abs. 1 GmbHG und § 81 Abs. 1 AktG hat die Geschäftsführung (der Vorstand) zumindest vierteljährlich den Aufsichtsrat über den Gang der Geschäfte und die Lage des Unternehmens im Vergleich zur Vorschaurechnung unter Berücksichtigung der künftigen Entwicklung zu berichten (Quartalsbericht).

8.1.6 Festlegung der Berichtspflichten an das Überwachungsorgan

In der Geschäftsordnung für die Geschäftsleitung sind die Informations- und Berichtspflichten an das Überwachungsorgan durch das für deren Erlassung zuständige Organ (zB Anteilseigner, Überwachungsorgan) näher festzulegen.

K

8.1.7 Form und Rechtzeitigkeit der Berichtslegung

Berichte der Geschäftsleitung an das Überwachungsorgan sind grundsätzlich schriftlich zu erstatten. Entscheidungsnotwendige Unterlagen, insbesondere der Jahresabschluss, der Konzernabschluss, der Lagebericht / Konzernlagebericht und der Prüfungsbericht, sind den Mitgliedern des Überwachungsorgans mindestens eine Woche vor der Sitzung zuzuleiten.

K

8.1.8 Überwachung der Einhaltung der Berichtspflichten

Das Überwachungsorgan hat auf eine rechtzeitige und ordnungsgemäße Berichterstattung durch die Geschäftsleitung hinzuwirken.

K

8.2 Grundsatz der Vertraulichkeit beim Zusammenwirken

- 8.2.1 Vertraulichkeit ist Grundvoraussetzung für eine offene Diskussion zwischen Geschäftsleitung und Überwachungsorgan. Die umfassende Wahrung der Vertraulichkeit gegenüber Dritten ist von entscheidender Bedeutung.

K

Keine Dritten sind Organe des Unternehmens und die Organe, die die Anteilseignerfunktion am Unternehmen wahrnehmen.

Anmerkung:

Unter „Dritten“ im Sinn dieser Regelung sind jene Personen zu verstehen, die weder der Geschäftsleitung oder dem Überwachungsorgan angehören noch die Anteilseignerfunktion wahrnehmen.

- 8.2.2 Alle Organmitglieder treffen geeignete Maßnahmen, damit von ihnen hinzugezogene Dritte die Verschwiegenheitspflicht in gleicher Weise wie sie einhalten.

K

- 8.2.3 Bei Bedarf können Tagesordnungspunkte im Überwachungsorgan und seinen Ausschüssen ohne Teilnahme der Geschäftsleitung abgehandelt werden.

C

Anmerkungen:

Aus §§ 84 und 99 AktG ergeben sich die Verschwiegenheitspflichten für die Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder einer Aktiengesellschaft.

Im GmbHG ist eine solche ausdrückliche Verschwiegenheitsverpflichtung nicht normiert. Sie ergibt sich aber aus §§ 25 Abs. 1 und 33 Abs. 1 GmbHG, wonach die übertragenen Aufgaben mit der Sorgfalt eines ordentlichen Geschäftsmannes auszuführen sind. Dies umfasst auch die Verpflichtung zur Verschwiegenheit zur Wahrung der Interessen der Gesellschaft (siehe Reich-Rohrwig, Rz 4/422, 4/423).

Die Verschwiegenheitspflicht gilt aufgrund der §§ 115 und 160 ArbVG auch für die vom Betriebsrat in den Aufsichtsrat entsandten Mitglieder.

8.3 Verantwortlichkeit der Geschäftsleitung und des Überwachungsorgans

8.3.1 Sorgfaltmaßstab

Geschäftsleitung und Überwachungsorgan haben bei sonstiger Schadenersatzpflicht gegenüber dem Unternehmen die Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsmannes bei Wahrnehmung ihrer Aufgaben anzuwenden.

K

Anmerkung:

Bei unternehmerischen Entscheidungen liegt keine Pflichtverletzung vor, wenn das Mitglied der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans vernünftigerweise annehmen konnte, auf der Grundlage angemessener Information zum Wohle des Unternehmens zu handeln (Business Judgement Rule).

Rule. In der Entscheidung OGH 6 Ob160/15b wird ausdrücklich betont, dass die Business Judgement Rule auf allgemeinen Rechtsgrundsätzen beruht und auf alle Rechtsträger, bei denen Vermögensverwalter unternehmerische Entscheidungen zu treffen haben, Anwendung findet. Eine ausdrückliche Verankerung findet sich im österreichischen Gesellschaftsrecht in § 84 Abs. 1a AktG und in § 25Abs. 1a GmbHG).

8.3.2 Grundsätze der Unternehmensführung

Regeln der ordnungsgemäßen und gewissenhaften Unternehmensführung sind insbesondere:

- 8.3.2.1 die Beachtung der einschlägigen Gesetze, der Satzung des Unternehmens sowie der für das Unternehmen geltenden Geschäftsordnungen;
- 8.3.2.2 die Anwendung der jeweils aktuellen betriebswirtschaftlichen Erkenntnisse und Erfahrungen im Hinblick auf eine gute und verantwortungsvolle Unternehmensführung und -überwachung;
- 8.3.2.3 die Beachtung der allgemeinen Treue- und Sorgfaltspflichten und der Grundsätze dieses Kodex;
- 8.3.2.4 die Nutzung der sich für das Unternehmen bietenden Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten;
- 8.3.2.5 die Minimierung von unternehmerischen Risiken im Rahmen der gegebenen Sorgfaltspflicht.

K

8.3.3 Haftpflichtversicherung für Geschäftsleitung und Überwachungsorgan

- 8.3.3.1 Eine Haftpflichtversicherung für die Mitglieder der Geschäftsleitung und/oder des Überwachungsorgans (directors & officers (D&O) Versicherung) für Schäden, die durch grobe oder leichte Fahrlässigkeit verursacht werden, kann vom Unternehmen abgeschlossen werden. Auf eine sachgerechte Unterscheidung zwischen Geschäftsleitung und Überwachungsorgan sowie auf eine sachgerechte Zuteilung des Gesamttopfes und der Einzeldeckung ist Bedacht zu nehmen (Two-Tier Trigger Policy).

C

Anmerkung:

Eine Haftpflichtversicherung für vorsätzlich verschuldete Schäden wird vom Markt allgemein nicht angeboten.

- 8.3.3.2 Die Entscheidung und ihre Begründung insbesondere zur Zweckmäßigkeit einer D&O Versicherung sind schriftlich zu dokumentieren. Das Bestehen einer D&O Versicherung ist im Corporate Governance Bericht offen zu legen.

K

8.4 Kreditgewährung an Organe und leitende Angestellte des Unternehmens

Kredite des Unternehmens dürfen nicht an Mitglieder der Geschäftsleitung, leitende Angestellte und an Mitglieder des

K

Überwachungsorgans des Unternehmens sowie an deren Angehörige gewährt werden.

An von der Arbeitnehmervertretung in das Überwachungsorgan entsandte Mitglieder kann jedoch ein Kredit in Form eines Bezugsvorschusses zu den für die übrigen Mitarbeiter des Unternehmens geltenden Konditionen gewährt werden.

C

Anmerkungen:

Durch diese Regelung sollen Interessenkonflikte vermieden werden.

Gemäß § 80 AktG darf eine Kreditgewährung an Vorstandsmitglieder und leitende Angestellte des Unternehmens nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Aufsichtsrates gewährt werden.

9. Geschäftsleitung

9.1 Aufgaben und Zuständigkeit

9.1.1 Primäre Verantwortung für die Leitung des Unternehmens

- 9.1.1.1 Die Geschäftsleitung hat unter Einhaltung der gebotenen Sorgfalt das Unternehmen im besten Interesse des Unternehmens, des Anteilseigners, der Arbeitnehmer und des öffentlichen Interesses zu leiten.
- 9.1.1.2 Die Geschäftsleitung ist dabei an den Gegenstand und den Zweck des Unternehmens gebunden und hat die Grundsätze der Rechtmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit sowie Sparsamkeit zu beachten.

K

K

Anmerkungen:

Bei einer Aktiengesellschaft sind weder die Hauptversammlung noch der Aufsichtsrat befugt, dem Vorstand Weisungen zu erteilen. Dies ergibt sich aus dem für den Vorstand unter § 70 Abs. 1 AktG normierten Leistungsmonopol der Gesellschaft. Ein Weisungsrecht bei einer Aktiengesellschaft kann daher nur auf sondergesetzliche Regelungen gestützt werden.

Bei einer GmbH sind Weisungen durch Gesellschafterbeschluss zulässig (§ 20 Abs. 1 GmbHG); sie sind auch bei einem gegenteiligen Aufsichtsratsbeschluss zu befolgen. Der Gesellschaftsvertrag einer GmbH kann bestimmen, dass auch das Überwachungsorgan berechtigt ist, der Geschäftsleitung Weisungen zu erteilen.

Ebenso können bei anderen Unternehmen Weisungen erteilt werden, wenn das Gesetz dies vorsieht.

Generell sollte im Interesse einer klaren Trennung der Verantwortlichkeit jedoch von Weisungen nur zurückhaltend Gebrauch gemacht werden. Das Überwachungsorgan sollte vielmehr prüfen, ob ein Zustimmungsvorbehalt erforderlich ist.

9.1.2 Festlegung der Unternehmensstrategie

Die Geschäftsleitung entwickelt im Rahmen der gesetzlichen und statutarischen Vorgaben sowie im Rahmen allfälliger Vorgaben der Anteilseigner und des Überwachungsorgans die strategische Ausrichtung des Unternehmens, stimmt sie mit dem Überwachungsorgan und gegebenenfalls mit dem Anteilseigner ab und sorgt für ihre Umsetzung.

K

Anmerkung:

Die strategische Ausrichtung zielt auf unternehmerische Grundentscheidungen in dem durch den Unternehmensgegenstand und -zweck festgelegten Rahmen ab. Sie umfasst insbesondere Fragen wie die Eröffnung neuer Geschäftsfelder und damit zusammenhängende Fragen von Investitionen und Finanzierung.

9.1.3 Hinwirken auf Einhaltung der Rechtsvorschriften und Richtlinien

K

Die Geschäftsleitung hat für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien zu sorgen und auf deren Beachtung hinzuwirken.

9.1.4 Vorsorge für Risikomanagement, Risikocontrolling und Korruptionsprävention

Die Geschäftsleitung sorgt im Unternehmen für

- 9.1.4.1 ein angemessenes Risikomanagement und -controlling sowie
- 9.1.4.2 eine angemessene Korruptionsprävention.
- 9.1.4.3 Die für Korruptionsprävention zuständige Stelle soll unmittelbar der Geschäftsleitung unterstellt werden.

K

K

C

Anmerkungen:

Durch das Risikomanagement und -controlling sollen gefährdende Entwicklungen für das Unternehmen frühzeitig erkannt werden, um gegensteuern zu können.

9.1.5 Berichtspflichten über Ereignisse im Unternehmen

K

Die Geschäftsleitung des Unternehmens hat unverzüglich das Überwachungsorgan oder - falls keines eingerichtet ist - die Anteilseigner über alle wichtigen Ereignisse, die für die Beurteilung der Lage und Entwicklung des Unternehmens von wesentlicher Bedeutung sind, zu informieren.

9.2 Zusammensetzung der Geschäftsleitung

9.2.1 Anzahl der Mitglieder

K

Die Anzahl der Mitglieder der Geschäftsleitung ergibt sich aus dem Gesetz oder der Satzung des Unternehmens.

In diesem Rahmen soll die Anzahl der Mitglieder ausschließlich nach den Anforderungen an die Geschäftsleitung aufgrund der Größe des Unternehmens und des wettbewerblichen Um-

C

felds festgelegt werden. Ist nur ein Mitglied der Geschäftsleitung vorgesehen, soll ein „Vier-Augen-Prinzip“ durch Organisationsmaßnahmen sichergestellt werden.

Anmerkungen:

Das „Vier-Augen-Prinzip“ bedeutet nicht zwangsläufig, dass die Geschäftsleitung aus zwei Mitgliedern bestehen muss. Diesem Prinzip wird auch Rechnung getragen, wenn dem Geschäftsleiter gemeinsam mit einem Prokuristen Geschäftsführungsbefugnisse eingeräumt werden. Diese Befugnis kann sich jedoch nicht auf die gemeinsame Vertretung der Einrichtung nach außen beziehen. .

Wenn die Geschäftsleitung aus mehreren Mitgliedern besteht, kann die Satzung eine gesetzliche Vertretung durch zwei Mitglieder gemeinschaftlich vorsehen (Gesamtvertretung).

Einzelprokura, Einzelhandlungsvollmacht und Generalvollmacht sollen nur in begründeten Ausnahmefällen erteilt werden.

9.2.2 Geschäftsordnung und Geschäftsverteilung

- 9.2.2.1 Die Geschäftsverteilung und die Zusammenarbeit in der Geschäftsleitung sind durch eine Geschäftsordnung zu regeln. Sofern die Satzung selbst keine Geschäftsordnung enthält, ist eine solche vom Überwachungsorgan oder Anteilseigner zu erlassen. K
- Die Geschäftsordnung hat bei Bestellung von mehreren Mitgliedern der Geschäftsleitung jedenfalls eine Regelung zu enthalten, wonach die Geschäftsleitung in allen Angelegenheiten grundsätzlicher Art oder von wesentlicher finanzieller Bedeutung sowie bei Meinungsverschiedenheiten zwischen mehreren im Einzelfall zuständigen Mitgliedern gemeinsam entscheidet. K
- 9.2.2.2 Ist eine Geschäftsleitung aus mehreren Mitgliedern vorgesehen, sind außerdem die Aufgaben ihrer Mitglieder präzise, an sachlichen Kriterien orientiert und mit möglichst gleichgewichtigen Verantwortungsbereichen festzulegen. K

Anmerkung:

In die Geschäftsordnung sind insbesondere Regelungen zur Kompetenzaufteilung, Willensbildung, Zusammenarbeit und Vertretung in der Geschäftsleitung sowie zum Zusammenwirken von Geschäftsleitung und Überwachungsorgan aufzunehmen.

9.3 Bestellung der Mitglieder der Geschäftsleitung

9.3.1 Ausschreibungspflicht vor Betrauung mit der Funktion

Das zur Bestellung der Mitglieder der Geschäftsleitung zuständige Organ hat - sofern gesetzlich nichts anderes bestimmt ist - möglichst sechs Monate vor, spätestens jedoch innerhalb eines Monats nach Freiwerden der Funktion diese

nach dem Stellenbesetzungsge setz (§ 2 Abs. 1 und 2) öffent-lich auszuschreiben.

Anmerkungen:

Ist in Anstellungsverträgen mit Leitungsorganen der „Muttergesellschaft“ vorgesehen, dass das Leitungsorgan ohne zusätzliches Entgelt auch Geschäftsführungsfunktionen von „Tochterunternehmen“ zu übernehmen hat, kann die Ausschreibung entfallen, wenn die Geschäftsführungsfunktion dem Leitungsorgan der Muttergesellschaft ohne zusätzliches Entgelt übertragen werden soll (dies ergibt sich aus § 2 Abs. 1 iVm § 6 Abs. 2 und 7 Stellenbe-setzungsgesetz).

Die Ausschreibung kann auch entfallen, wenn jemand mit der Geschäftslei-tung nur provisorisch für einen kurzen Zeitraum (etwa im Zuge der Grün-dung des Unternehmens) betraut werden soll.

9.3.2 Vorzeitige Ausschreibung der Geschäftsleitung

Vor Ablauf eines Jahres vor Freiwerden der Funktion soll de-ren Ausschreibung nur aus sachlichen Gründen erfolgen.

C

Anmerkung:

Ein sachlicher Grund für eine vorzeitige Ausschreibung liegt vor, wenn eine langfristige Planung des neu zu bestellenden Geschäftsführers für die ord-nungsgemäße Ausübung der Geschäftsleitungsfunktion bereits zu Beginn der Funktionsperiode erforderlich ist. Dies ist beispielsweise bei künstleri-schen Geschäftsführern in Theaterbetrieben der Fall, die eine Spielsaison aufgrund notwendiger Engagements von Künstlern in der Regel mehr als ein Jahr vorausplanen müssen.

9.3.3 Betrauung mit der Geschäftsleitungsfunktion

Mit einer Geschäftsleitungsfunktion dürfen nur Personen be-traut werden, die über die zur ordnungsgemäßen Wahrneh-mung der Aufgaben erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und fachlichen Erfahrungen verfügen und in der Lage sind, die Aufgaben der Geschäftsleitung wahrzunehmen.

K

Personen, die rechtskräftig wegen einer gerichtlich strafbaren Handlung verurteilt worden sind, die ihre berufliche Zuverläs-sigkeit in Frage stellt, dürfen nicht mit einer Geschäftsleitungs-funktion betraut werden.

K

9.3.4 Dauer der Betrauung mit der Geschäftsleitungsfunktion

Die Bestellung zum Mitglied der Geschäftsleitung darf maxi-mal auf 5 Jahre erfolgen, sofern das Gesetz keine andere Be-stelldauer vorsieht. Der Anstellungsvertrag ist dementspre-chend zu befristen.

K

Anmerkung:

In manchen Gesetzen ist eine bestimmte Bestelldauer normiert. Beispiels-weise sieht § 10 Gesundheits- und Ernährungssicherheitsgesetz, BGBI. I Nr. 63/2002, idF BGBI. I Nr. 22/2016, eine fixe Bestelldauer für die Ge-

schäftsführung der Österreichischen Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH von 5 Jahren vor.

9.3.5 Wiederbestellung der Geschäftsleitungsfunktion

Die Regelungen für die Bestellung gelten auch für Wiederbestellungen der Geschäftsleitungsfunktion.

K

9.3.6 Bemessung der Vergütung für die Mitglieder der Geschäftsleitung

9.3.6.1 Die Vergütung der Mitglieder der Geschäftsleitung ist unter Beachtung von § 6 und § 7 Stellenbesetzungsgegesetz, BGBI. I Nr. 26/1998 und der Vertragsschablonen der Bundesregierung BGBI. II Nr. 254/1998 in der jeweils geltenden Fassung in angemessener Höhe in Form eines Gesamtjahresbezuges zu bemessen, sofern gesetzlich nichts anderes normiert ist.

K

Anmerkungen:

In § 7 Abs. 1 Stellenbesetzungsgegesetz wird zwischen zwei Unternehmertypen unterschieden.

Nach Abs. 1 Z 1 Stellenbesetzungsgegesetz hat sich der Gesamtjahresbezug von Mitgliedern des Leitungsorgans von Unternehmen, die überwiegend

- a. im Rahmen eines „inhouse-Verhältnisses“ zum Bund an diesen Sach- und Dienstleistungen zur Deckung seines Bedarfs erbringen oder
- b. aus Budgetmitteln des Bundes finanziert werden und nicht
 - ihre Leistungen oder die mit ihnen verbundenen Unternehmen überwiegend im Wettbewerb anbieten oder
 - überwiegend der Förderungsabwicklung des Bundes dienen an jenem der für Bundesbedienstete in vergleichbarer Verantwortung und zeitlich begrenzten Funktionen (Bezüge für Beamte mit der Einstufung Verwendungsgruppe/Funktionsgruppe A1/7-A1/9 bzw. Vertragsbedienstete der Entlohnungsgruppe/Bewertungsgruppe v1/5 – v1/7) vorgesehenen zu orientieren.

Die Formulierung im § 7 Abs. 1 Z 1 Stellenbesetzungsgegesetz bewirkt keine absolute Bindung an diese Bezüge im Bundesdienst. Der Bezug dieser Geschäftsführungsorgane kann entsprechend dem Anteil der Tätigkeit im Wettbewerb höher sein. Weiters ist zu berücksichtigen, dass im Bund nach Ablauf einer zeitlich begrenzten Funktion das Anstellungsverhältnis nicht endet, sondern dieses bei gekürzten Bezügen aufrecht bleibt. Auch sind Verwaltungsfunktionsträger dem Obersten Organ (Bundesminister/in) weisungsgebunden unterstellt, das die Letztverantwortung trägt.

Leistungserbringung im Rahmen eines „inhouse-Verhältnisses“ im Sinne des § 7 Abs. 1 Z 1 lit. a Stellenbesetzungsgegesetz bedeutet, dass die betreffenden Unternehmen ihre Leistungen im Wesentlichen für den Bund erbringen.

Unternehmen, die im Rahmen eines „inhouse-Verhältnisses“ Leistungen an Unternehmen des Bundes erbringen, fallen nicht unter § 7 Abs. 1 Z 1, sondern unter § 7 Abs. 1 Z 2 Stellenbesetzungsgesetz.

Überwiegend aus Bundesmitteln finanziert im Sinne des § 7 Abs. 1 Z 1 lit. b Stellenbesetzungsgesetz sind Unternehmen, deren finanzielle Hauptbasis aus dem Bundeshaushalt stammt. Unternehmen, die aus Abgaben finanziert werden, die sie unmittelbar einheben, fallen daher nicht unter § 7 Abs. 1 Z 1, sondern unter § 7 Abs. 1 Z 2 Stellenbesetzungsgesetz.

Für alle nicht unter § 7 Abs. 1 Z 1 Stellenbesetzungsgesetz fallende Unternehmen gelten gemäß Z 2 Stellenbesetzungsgesetz folgende Kriterien für die Bemessung des Gesamtjahresbezuges:

- *Aufgaben des Mitglieds der Geschäftsleitung,*
- *durchschnittlicher Gesamtjahresbezug der Mitglieder von Leitungseinheiten mit vergleichbaren Aufgaben in der Branche oder allenfalls vergleichbaren Branchen, wobei auf vergleichbare Unternehmen der öffentlichen Hand im Inland und allenfalls in anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union Bedacht zu nehmen ist, sowie*
- *die wirtschaftliche Lage, der nachhaltige Erfolg und die Zukunftsaussichten des Unternehmens.*

9.3.6.2 Leistungs- und erfolgsorientierte Komponenten zum Gesamtjahresbezug haben sich an der wirtschaftlichen Entwicklung, dem Ausmaß der Erreichung strategischer Ziele des Unternehmens und den notwendigen Ressourcen der öffentlichen Hand zu orientieren. K

Die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und die nachhaltige Wertsteigerung des Unternehmens soll dabei berücksichtigt werden. C

Die leistungs- und erfolgsorientierten Komponenten sollen auf eine Kombination aus kurz-, mittel- und langfristigen Kriterien abstehen und jedenfalls nicht zum Eingehen unangemessener Risiken verleiten. Weiters sollen auch nicht-finanzielle Kriterien einbezogen werden. C

Es ist eine Höchstgrenze der leistungs- und erfolgsorientierten Komponenten im Vorhinein festzulegen und zwar durch einen Betrag oder einen Prozentsatz des Gesamtjahresbezuges. K

Anmerkungen:

Die Regelung im 1. Absatz entspricht § 7 Abs. 2 Stellenbesetzungsgesetz.

Die leistungs- und erfolgsorientierten Komponenten können einmalige oder jährlich wiederkehrende und insbesondere an den nachhaltigen Erfolg des Unternehmens gebundene Komponenten sowie auch Kompo-

nenten mit langfristiger Anreizwirkung und Risikocharakter (wie etwa einem Bonus-Malus-System) sein.

Für die Bemessung der leistungs- und erfolgsorientierten Komponenten soll vor allem bei Unternehmen, die hauptsächlich aus öffentlichen Mitteln (durch Mittel aus dem Bundeshaushalt oder aus direkt eingehobenen Abgaben) finanziert werden, ein wichtiges Kriterium sein, ob der Bedarf an solchen Mitteln bei gleichbleibendem oder erhöhtem Aufgabenumfang unverändert bleibt, reduziert werden kann oder erhöht werden muss.

- | | | |
|---|--|---|
| 9.3.6.3 | Die Gesamtvergütung der Mitglieder der Geschäftsleitung umfasst die monetären Vergütungsteile (<i>Gesamtjahresbezug sowie leistungs- und erfolgsorientierte Komponenten</i>), die Versorgungszusagen, die sonstigen Leistungen, insbesondere bei Beendigung der Tätigkeit, Nebenleistungen jeder Art und Leistungen von Dritten, die im Hinblick auf die Geschäftsleitungstätigkeit zugesagt oder im Geschäftsjahr gewährt werden. | K |
| 9.3.6.4 | Sämtliche Vergütungsbestandteile müssen für sich und insgesamt angemessen sein. Dies schließt im Rahmen des rechtlich Möglichen bei einer auf die wirtschaftliche Lage des Unternehmens bezogenen präzisen Vereinbarung auch eine Herabsetzung der Vergütung ein. | K |
| 9.3.6.5 | Die Vergütung ist in den Anstellungsverträgen zweifelsfrei festzulegen. | K |
| 9.3.6.6 | Die konkreten Kriterien für die Auszahlung der leistungs- und erfolgsorientierten Komponenten sind vor Beginn eines jeden Geschäftsjahrs in einer Zielvereinbarung festzulegen. | K |
| Es sind solche Kriterien festzulegen, die einen besonderen, über die normalerweise zu erwartende Leistung hinausgehenden Erfolg darstellen und die vom Organ der Geschäftsleitung selbst weitestgehend beeinflussbar sind. | | K |
| Eine nachträgliche Änderung der Kriterien ist grundsätzlich unzulässig, jedoch falls im Einzelfall aus sachlichen Gründen zwingend erforderlich, im Corporate Governance Bericht zu erläutern. | | K |
| In der Vereinbarung mit den Mitgliedern der Geschäftsleitung über die Auszahlung der leistungs- und erfolgsorientierten Komponenten ist eine Rückzahlungsverpflichtung vorzusehen, wenn sich herausstellt, dass die Auszahlung zu Unrecht erfolgte. | | K |

9.4 Widerruf der Bestellung zum Mitglied der Geschäftsleitung

9.4.1 Widerrufsgründe

Der Widerruf der Bestellung zum Mitglied der Geschäftsleitung ist zu jeder Zeit aus wichtigen Gründen, unbeschadet etwaiger

K

Ansprüche aus dem Anstellungsvertrag, zulässig. Der Widerruf und die Gründe hierfür sind schriftlich zu dokumentieren.

Anmerkung:

Ein wichtiger Grund liegt insbesondere bei grober Pflichtverletzung, Unfähigkeit zur ordnungsgemäßen Geschäftsführung oder Entziehung des Vertrauens aus objektiv sachlichen Gründen durch die Anteilseigner vor. Während grobe Pflichtverletzung grobes Verschulden voraussetzt, ist die Voraussetzung der Unfähigkeit verschuldensunabhängig (etwa aus gesundheitlichen Gründen).

9.4.2 Beendigung des Anstellungsvertrages bei Widerruf

Im Fall eines Widerrufs der Bestellung ist unverzüglich die Möglichkeit einer Beendigung des Anstellungsvertrages zu prüfen und gegebenenfalls einzuleiten.

K

9.4.3 Abschlagszahlung bei Beendigung des Anstellungsvertrages

Bei vorzeitigem Widerruf der Bestellung zum Mitglied der Geschäftsleitung aus einem von diesem zu vertretenden wichtigen Grund ist keine Abschlagszahlung zu leisten.

K

Wenn der vorzeitige Widerruf der Bestellung im Wohl des Unternehmens liegt, aber die Auflösung des Anstellungsvertrages durch Kündigung mit einem großen Prozessrisiko verbunden ist, kann im Zuge einer einvernehmlichen vorzeitigen Auflösung des Anstellungsvertrages eine angemessene Abschlagszahlung für die Ansprüche bis zum ursprünglich vereinbarten Ende des Anstellungsvertrages vereinbart werden. Die Begründung der Abschlagszahlung und deren Berechnung sind schriftlich zu dokumentieren.

C

Für den Fall, dass innerhalb der Verjährungsfrist nach Leistung der Abschlagszahlung nachträglich negative Ergebnisse im Unternehmen hervorkommen, die auf die Tätigkeit des betreffenden Mitglieds zurückzuführen sind, ist eine Rückzahlung oder entsprechende Minderung der Abschlagszahlung zu vereinbaren.

K

Bei vorzeitigem Widerruf der Bestellung zum Mitglied der Geschäftsleitung ohne einen von diesem zu vertretenden wichtigen Grund dürfen Abschlagszahlungen keinesfalls zwei Jahresgesamtvergütungen überschreiten und nicht mehr als die Restlaufzeit des Anstellungsvertrages abgelten.

K

Anmerkung:

Wenn der Anstellungsvertrag rechtlich nicht gekündigt werden kann, stellt sich die Frage einer Abschlagszahlung nicht. In diesem Fall hat der Geschäftsführer Anspruch auf Aufrechterhaltung des Vertrages mit den daraus resultierenden Rechten.

9.5 Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung

9.5.1 Wettbewerbsverbot

Mitglieder der Geschäftsleitung unterliegen einem umfassenden Wettbewerbsverbot.

K

Anmerkung:

Dieses Verbot bedeutet, dass die Mitglieder der Geschäftsleitung weder ein Handelsgewerbe betreiben, noch im Geschäftszweig des Unternehmens, das sie leiten, für eigene oder fremde Rechnung tätig sein dürfen. Das bedeutet, dass eine solche Nebenbeschäftigung auch nicht genehmigungsfähig im Sinne des Punkt 9.5.6 ist.

9.5.2 Verbot der Forderung und Annahme von Zuwendungen

Mitglieder der Geschäftsleitung sind dem Unternehmenszweck verpflichtet. Sie und die Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter des Unternehmens dürfen im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit weder für sich noch für andere Personen von Dritten Zuwendungen oder sonstige Vorteile fordern, annehmen oder sich versprechen lassen. Dritten dürfen keine ungebührlichen Zuwendungen oder sonstigen ungebührlichen Vorteile gewährt werden. Ausgenommen hiervon ist die Annahme orts- oder landesüblicher Aufmerksamkeiten von geringem Wert.

K

Anmerkung:

„Dritte“ im Sinn dieser Bestimmung sind natürliche Personen und juristische Personen, für die das dem B-PCGK unterliegende Unternehmen Leistungen erbringt oder möglicherweise erbringen wird, oder Leistungen bezieht oder möglicherweise beziehen wird.

9.5.3 Verbot der Verfolgung persönlicher Interessen

Kein Mitglied der Geschäftsleitung darf bei seinen Entscheidungen persönliche Interessen verfolgen und Chancen des Unternehmens für sich nutzen.

K

9.5.4 Verpflichtung zur Offenlegung von Interessenkonflikten

Jedes Mitglied der Geschäftsleitung hat Interessenkonflikte dem Überwachungsorgan unverzüglich offen zu legen und die anderen Mitglieder der Geschäftsleitung hierüber zu informieren.

K

9.5.5 Geschäfte zwischen Geschäftsleitung und Unternehmen

Alle Geschäfte zwischen dem Unternehmen und den Mitgliedern der Geschäftsleitung sowie ihren Familienangehörigen, ihnen nahe stehenden Personen oder Unternehmen müssen branchenüblichen Konditionen entsprechen. Sie bedürfen vor Abschluss der Zustimmung des Überwachungsorgans bzw. – mangels eines solchen – des Anteilseigners, ausgenommen hiervon sind Geschäfte des täglichen Lebens zu üblichen Konditionen.

K

Anmerkung:

Zum Begriff Familienangehörige und nahe stehende Personen siehe die Anmerkung zu Punkt 11.2.1.4

9.5.6 Nebenbeschäftigte der Mitglieder der Geschäftsleitung

Mitglieder der Geschäftsleitung dürfen Nebenbeschäftigte, insbesondere Mandate in Überwachungsorganen, nur mit Zustimmung des Überwachungsorgans ausüben, sofern nicht nach dem Anstellungsvertrag eine Verpflichtung zur Übernahme von solchen Funktionen im Sinne § 2 Abs. 3 Z 9 der Bundes-Vertragsschablonenverordnung, BGBl. II Nr. 254/1998 in der jeweils geltenden Fassung, besteht.

K

Anmerkung:

Nebenbeschäftigung ist jede weitere Erwerbstätigkeit neben der Tätigkeit im Rahmen des Anstellungsvertrages.

10. Leitende Angestellte der Unternehmen

Punkt 9.3.3, 9.3.6 und 9.5 sind auf leitende Angestellte mit der Maßgabe anzuwenden, dass diese

- der Geschäftsleitung verantwortlich sind und dieser unterstehen;
- die Geschäftsleitung zu informieren haben und
- von der Geschäftsleitung die in diesen Punkten vorgesehenen Zustimmungen einzuholen sind.

K

Anmerkungen:

Leitende Angestellte sind Personen, die sich von der gesamten Belegschaft des Unternehmens dadurch abheben, dass ihnen im Unternehmen eine Vorgesetztenfunktion mit Aufgaben in wesentlichen Teilbereichen der Betriebsführung, wie die kaufmännische, technische oder organisatorische Leitung zur eigenverantwortlichen Besorgung übertragen wurde, wodurch sie auf den Bestand und die Entwicklung des gesamten Unternehmens Einfluss nehmen können.

So darf beispielsweise im Sinn des Punkt 9.3.3 die Geschäftsleitung nur Personen zu leitenden Mitarbeitern bestellen, die über die mit dieser Funktion erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und fachlichen Erfahrungen verfügen und in der Lage sind, diese Funktion wahrzunehmen.

11. Überwachungsorgan

11.1 Aufgaben

11.1.1 Grundsätze der Überwachungstätigkeit

11.1.1.1 Das Überwachungsorgan hat die Geschäftsleitung bei der Führung des Unternehmens regelmäßig zu überwachen und in grundsätzlichen Angelegenheiten des Unternehmens zu beraten.

K

11.1.1.2 Die Tätigkeit umfasst jedenfalls die Überwachung

K

- der Einhaltung der Grundsätze der Rechtmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit und Sparsamkeit bei den Geschäftsleitungsentscheidungen,
- der Einhaltung des Unternehmensgegenstandes bei den Geschäftsleitungsentscheidungen,
- der Geschäftsentwicklung des Unternehmens,
- des Risikomanagements und des internen Kontrollsyste ms des Unternehmens und
- der Umsetzung der Beschlüsse des Überwachungsorgans.

Anmerkungen:

- Instrumente der Überwachung:

Das Überwachungsorgan kann von der Geschäftsleitung jederzeit einen Bericht (§ 95 Abs. 2 AktG, § 30j Abs. 2 GmbHG) über alle Angelegenheiten des Unternehmens, über seine rechtlichen und geschäftlichen Beziehungen zu verbundenen Unternehmen und geschäftliche Vorgänge bei diesen Unternehmen verlangen.

Wenn die Satzung des Unternehmens oder das Gesetz (§ 95 Abs. 2 AktG; § 30j Abs. 2 GmbHG) dies vorsehen, kann auch ein einzelnes Mitglied des Überwachungsorgans einen Bericht an das Überwachungsorgan verlangen.

- Intervall der Sitzungen des Überwachungsorgans:

Das Überwachungsorgan soll eine Sitzung in jedem Kalendervierteljahr abhalten; bei Aktiengesellschaften und GmbHs hat mindestens im Kalendervierteljahr eine Sitzung stattzufinden (§ 94 Abs. 3 AktG, § 30i Abs. 3 GmbHG).

Jedes Mitglied des Überwachungsorgans soll unter Angabe des Zwecks und der Gründe verlangen können, dass der Vorsitzende unverzüglich eine Sitzung des Überwachungsorgans einberuft.

Bei Aktiengesellschaften und GmbHs ist auf Antrag eines Mitglieds des Aufsichtsrates durch den Vorsitzenden unverzüglich der Aufsichtsrat einzuberufen (§ 94 Abs. 1 AktG, § 30i Abs. 1 GmbHG).

Nach ständiger Rechtsprechung und Lehre haben die entsandten Aufsichtsratsmitglieder die gleichen Rechte und Pflichten wie die gewählten, sofern gesetzlich nichts Besonderes geregelt ist.

11.1.2 Umfang und Inhalt der Überwachungstätigkeit

K

Soweit Umfang und Inhalt der Überwachungstätigkeit nicht bereits gesetzlich festgelegt sind, sind sie in der Satzung des Unternehmens festzulegen.

11.1.3 Verantwortlichkeit der Mitglieder des Überwachungsorgans

Jedes Mitglied des Überwachungsorgans ist dafür verantwortlich, dass das Überwachungsorgan seine Überwachungspflicht erfüllt.

11.1.4 Geschäftsordnung des Überwachungsorgans

Das Überwachungsorgan hat sich eine Geschäftsordnung zu geben, sofern nicht die Satzung für das Überwachungsorgan eine solche bestimmt.

K

Die Geschäftsordnung hat jedenfalls Regelungen zu enthalten über:

- die Häufigkeit der Sitzungen;
- das Abstimmungsverfahren und die Voraussetzungen der Beschlussfassung;
- die Stellung und Befugnisse der/des Vorsitzenden;
- gegebenenfalls die Bildung von Ausschüssen und deren Arbeit;
- die Form und Dokumentation der Beschlüsse;
- die Dokumentation der Sitzungen;
- die Einladung zu den Sitzungen.

11.1.5 Selbstkontrolle des Überwachungsorgans

Das Überwachungsorgan und seine Ausschüsse sollen regelmäßig die Qualität und Effizienz ihrer Tätigkeiten überprüfen.

C

11.2 Zusammensetzung des Überwachungsorgans

11.2.1 Bestellung der Mitglieder des Überwachungsorgans

11.2.1.1 Zu Mitgliedern des Überwachungsorgans dürfen nur Personen bestellt werden, die über die zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung der Aufgaben erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und fachlichen Erfahrungen verfügen und in der Lage sind, die Aufgaben eines Mitgliedes des Überwachungsorgans wahrzunehmen.

K

Personen, die rechtskräftig wegen einer gerichtlich strafbaren Handlung verurteilt worden sind, die ihre berufliche Zuverlässigkeit in Frage stellt, dürfen nicht zum Mitglied des Überwachungsorgans bestellt werden.

K

11.2.1.2 Im Rahmen der Voraussetzungen gemäß Punkt 11.2.1.1 soll auf eine paritätische Zusammensetzung des Überwachungsorgans mit Frauen und Männern hingewirkt werden. Die von der Bundesregierung beschlossenen Quotenfestlegungen des Frauenanteils von 35 % bis 31.12.2018 sind umzusetzen.

C

11.2.1.3 Mitglieder des Überwachungsorgans dürfen nicht mehr als 8 Mandate in Überwachungsorganen gleichzeitig wahrnehmen, wobei die Tätigkeit als Vorsitzender doppelt auf diese Höchstzahl anzurechnen ist. Auf diese Höchstzahlen sind bis zu 10 Mandate, in die das Mitglied gewählt oder ent-

K

sandt ist, um die wirtschaftlichen Interessen des Bundes, eines Landes, eines Gemeindeverbandes, einer Gemeinde oder eines mit der Gesellschaft konzernmäßig verbundenen oder an ihr unternehmerisch beteiligten Unternehmens (§ 189a Z 2 UGB) zu wahren, nicht anzurechnen.

Anmerkung:

Für die Berechnung der Anzahl der Mandate ist nicht ausschlaggebend, ob das Mandat bei einem Unternehmen, das dem Kodex unterliegt, ausgeübt wird oder nicht. Die Beschränkung ist notwendig, wenn Mandate in Überwachungsorganen nicht hauptberuflich ausgeübt werden und daher naturgemäß nur beschränkte Zeit für die ordnungsgemäße Ausübung von solchen Mandaten zur Verfügung steht. Gesetzliche Regelungen über die Ausübung von Aufsichtsratsmandaten insbesondere in verbundenen Unternehmen werden davon nicht berührt.

- 11.2.1.4 Mitglied des Überwachungsorgans darf nicht sein, wer in einer geschäftlichen oder persönlichen Beziehung zum Unternehmen oder dessen Geschäftsleitung steht, die einen nicht nur vorübergehenden Interessenkonflikt begründet. K

Weiters darf nicht Mitglied des Überwachungsorgans sein, wer in einem Dienstverhältnis zum Unternehmen steht, ausgenommen davon sind die nach dem Arbeitsverfassungsgesetz oder nach einer anderen gesetzlichen Bestimmung in das Überwachungsorgan vom Betriebsrat entsandten Mitglieder. K

Bei der Bestellung von Mitgliedern des Überwachungsorgans ist darauf zu achten, dass sich aus deren beruflicher Tätigkeit keine Interessenkollisionen ergeben. K

Anmerkung:

Unter persönlichen Beziehungen sind jene in auf- oder absteigender Linie sowie bis einschließlich dritten Grad Seitenlinie verwandtschaftliche und verschwágerte sowie eheliche, partnerschaftliche und wahlkindliche zu verstehen.

- 11.2.1.5 Mitglieder des Überwachungsorgans dürfen keine Organfunktion oder Beratungsaufgaben bei Mitbewerbern des Unternehmens ausüben, wenn dadurch ein Interessenskonflikt entstehen könnte. K
- 11.2.1.6 Dem Überwachungsorgan darf nicht mehr als ein ehemaliges Mitglied der Geschäftsleitung angehören, für das die zweijährige Frist seit dem Ausscheiden aus der Geschäftsleitung noch nicht abgelaufen ist („Cool Off“- Phase). K

11.2.2 Ausübung der Mitgliedschaft im Überwachungsorgan

- 11.2.2.1 Mitglieder des Überwachungsorgans haben ihr Mandat persönlich auszuüben. Sofern die Satzung des Unternehmens dies zulässt, kann im Verhinderungsfall ein anderes Mitglied

- schriftlich bei einer einzelnen Sitzung mit der Vertretung beauftragt werden. Ein so vertretenes Mitglied ist bei der Feststellung der Beschlussfähigkeit einer Sitzung nicht mitzuzählen. Der Vorsitz kann nicht übertragen werden.
- 11.2.2.2 Jedes Mitglied des Überwachungsorgans hat darauf zu achten, dass ihm für die Wahrnehmung seines Mandats genügend Zeit zur Verfügung steht. K
- 11.2.2.3 Falls ein Mitglied des Überwachungsorgans in einem Geschäftsjahr an mehr als der Hälfte der Sitzungen des Überwachungsorgans nicht teilnimmt, soll dies in den Corporate Governance Bericht aufgenommen werden. C

11.2.3 Bestellung des Vorsitzenden des Überwachungsorgans

- 11.2.3.1 Sofern gesetzlich oder satzungsmäßig nichts Besonderes geregelt ist, wählen die Mitglieder des Überwachungsorgans aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden und mindestens einen Stellvertreter. K
- 11.2.3.2 Vorsitzender darf nicht sein, wer in den letzten 2 Jahren vor Übernahme der Funktion Mitglied der Geschäftsleitung des Unternehmens war. K

11.3 Aufgaben des Vorsitzenden des Überwachungsorgans

Der Vorsitzende

- 11.3.1 koordiniert die Arbeit des Überwachungsorgans, leitet dessen Sitzungen und nimmt dessen Belange nach außen wahr; K
- 11.3.2 darf nicht das Recht haben, allein an Stelle des Überwachungsorgans zu entscheiden; K
- 11.3.3 soll zugleich Vorsitzender des Ausschusses sein, der die Verträge mit den Mitgliedern der Geschäftsleitung behandelt; C
- 11.3.4 soll mit der Geschäftsleitung regelmäßig Kontakt halten und mit ihr die Strategie, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement des Unternehmens beraten; C
- 11.3.5 hat unverzüglich dem Überwachungsorgan über alle Informationen der Geschäftsleitung des Unternehmens über wichtige Ereignisse, die für die Beurteilung der Lage und Entwicklung des Unternehmens von wesentlicher Bedeutung sind, zu berichten und erforderlichenfalls eine außerordentliche Sitzung des Überwachungsorgans einzuberufen. K

11.4 Ausschüsse des Überwachungsorgans

- 11.4.1 Sofern nicht schon im Gesetz verpflichtend Ausschüsse einzurichten sind (§ 92 Abs. 4a AktG, § 30g Abs. 4a C

GmbHG), soll in Abhängigkeit von der Anzahl seiner Mitglieder und der spezifischen wirtschaftlichen Gegebenheiten des Unternehmens das Überwachungsorgan Ausschüsse zur Vorberatung bestimmter Sachthemen bilden.

Anmerkungen:

Unter Ausschuss des Überwachungsorgans ist ein gegenüber dessen Plenum kleineres Gremium zu verstehen, dessen Mitglieder sich ausschließlich aus Mitgliedern des Plenums des Überwachungsorgans rekrutieren.

Die Ausschüsse dienen dazu, die Effizienz des Überwachungsorgans zu steigern und komplexe Sachverhalte zu behandeln. Die jeweiligen Ausschussvorsitzenden sollen regelmäßig dem Überwachungsorgan über die Arbeit der Ausschüsse berichten.

Vor allem soll ein Prüfungsausschuss eingerichtet werden, der sich insbesondere mit Fragen der Rechnungslegung und des Risikomanagements sowie der Bestellung der Abschlussprüferin bzw. des Abschlussprüfers befasst.

Mitglied eines Prüfungsausschusses soll nicht sein, wer in den letzten drei Jahren Mitglied der Geschäftsleitung des Unternehmens war.

11.4.2 Übertragung von Zustimmungsbefugnissen an einen Ausschuss des Überwachungsorgans

Die Übertragung von Zustimmungsbefugnissen ist an den Personalausschuss und an einen fachlich qualifizierten Ausschuss des Überwachungsorgans aus spezifischen und dokumentierten Gründen zur Steigerung der Effizienz der Arbeitsweise mit Berichtspflicht an das Plenum des Überwachungsorgans zulässig.

C

Anmerkung:

Vom Grundsatz, dass das gesamte Überwachungsorgan in den Entscheidungsfindungsprozess eingebunden und die Zustimmung in einem interaktiven Prozess zwischen den Mitgliedern des Überwachungsorgans gefunden werden soll, kann für den Personalausschuss jedenfalls und für andere Ausschüsse, wenn es der Steigerung der Effizienz der Überwachungstätigkeit dient, abgewichen werden; zwingende Plenumszuständigkeiten bleiben unberührt.

11.5 Vergütung für die Mitglieder des Überwachungsorgans

11.5.1 Grundsätze der Festlegung der Vergütung

Die Vergütung der Mitglieder des Überwachungsorgans ist entsprechend der wirtschaftlichen Bedeutung des Unternehmens, der Wettbewerbssituation, in dem das Unternehmen überwiegend die Leistung erbringt, der für die Funktion erforderlichen Fachkompetenz, dem mit der Funk-

K

tion verbundenen zeitlichen Aufwand und den mit der Funktion verbundenen Risiken angemessen und leistungsge recht festzulegen.

11.5.2 Regelmäßige Überprüfung der Vergütung

Die Vergütung der Mitglieder des Überwachungsorgans ist regelmäßig auf ihre Angemessenheit und Leistungsgerechtigkeit zu überprüfen.

K

11.5.3 Sitzungsgeld

Das Sitzungsgeld (*Aufwandsentschädigung*) ist entsprechend dem durchschnittlichen zeitlichen Aufwand für die Vorbereitung und Dauer der Sitzung festzulegen.

K

11.5.4 Zuständigkeit zur Festlegung der Vergütung und des Sitzungsgelds

Die Vergütung und das Sitzungsgeld für die Mitglieder des Überwachungsorgans sind in der Satzung des Unternehmens oder durch Beschluss der Anteilseignerversammlung festzulegen.

K

11.5.5 Bedienstete des Anteilseigners im Überwachungsorgan

Sofern Mitglieder des Überwachungsorgans, die Bedienstete des Anteilseigners des Unternehmens sind, die Tätigkeit im Überwachungsorgan nicht als Nebentätigkeit (Nebenbeschäftigung) ausüben, ist im Vorhinein klarzustellen, ob sie die Tätigkeit als Teil ihrer dienstlichen Aufgaben wahrnehmen.

K

Die Verpflichtung von Unternehmen in der Rechtsform einer juristischen Person privaten Rechts, gemäß § 25 Abs. 2 Gehaltsgesetz 1956 die Aufsichtsratsvergütung von Mitgliedern des Überwachungsorgans, die aktive Beamte des Bundes sind, dem Bund abzuführen und nicht dem Beamten auszuzahlen, bleibt unberührt.

K

Anmerkungen:

Gemäß § 25 Abs. 2 Gehaltsgesetz 1956 – GehG sind die Vergütungen, die eine juristische Person des privaten Rechts nach den für sie maßgebenden Bestimmungen einem Beamten für seine Nebentätigkeit in einem ihrer Organe zu leisten hätte, mit Ausnahme der Sitzungsgelder und des Reisekostenersatzes - dem Bund (Bundesministerium für Finanzen) abzuführen. Die Bemessung der Vergütung, die dem Beamten für eine solche Nebentätigkeit aus Bundesmitteln gebührt, bedarf der Zustimmung des Bundesministers für Finanzen.

Eine vergleichbare Regelung für Vertragsbedienstete des Bundes ist im Vertragsbedienstetengesetz 1948 nicht enthalten.

Für die Frage, ob die Ausübung eines Mandats im Überwachungsorgan zu den dienstlichen Aufgaben gehört, ist entscheidend, ob diese Tätig

keit zu den Aufgaben des Arbeitsplatzes gehört oder nicht. Das ist keine gesetzliche Frage, sondern eine Frage der Einrichtung von Arbeitsplätzen. Gehört diese Tätigkeit zu den Aufgaben des Arbeitsplatzes, so gebührt keine Nebentätigkeitsvergütung und auch keine Vergütung für die Überwachungstätigkeit, da in diesem Fall der Betroffene für ein und dieselbe Tätigkeit zweimal bezahlt würde; einmal mit seinem Bezug aufgrund des Dienstverhältnisses und einmal mit der Nebentätigkeitsvergütung bzw. Vergütung für die Überwachungstätigkeit.

11.6 Interessenkonflikte der Mitglieder des Überwachungsorgans

- 11.6.1 Jedes Mitglied des Überwachungsorgans ist dem Unternehmenszweck verpflichtet. Es darf bei seinen Entscheidungen weder persönliche Interessen verfolgen noch Geschäftschancen, die dem Unternehmen zustehen, für sich nutzen. K
- 11.6.2 Jedes Mitglied des Überwachungsorgans hat Interessenkonflikte, insbesondere solche, die aufgrund einer Beratung oder Organfunktion bei Kunden, Lieferanten, Kreditgebern oder sonstigen Geschäftspartnern entstehen können, dem Überwachungsorgan gegenüber offen zu legen. K
- 11.6.3 Das Überwachungsorgan hat die Anteilseignerversammlung über aufgetretene Interessenkonflikte und deren Behandlung zu informieren. K
- 11.6.4 Wesentliche und nicht nur vorübergehende Interessenkonflikte eines Mitgliedes des Überwachungsorgans haben zur Beendigung des Mandates zu führen. K
- 11.6.5 Das Unternehmen darf mit Mitgliedern des Überwachungsorgans keine Dienstleistungs- oder Werkverträge abschließen und diesen keine Leistungen in einer Weise vergünstigt erbringen, die nicht auch für andere Kunden offen steht. K
- 11.6.6 Ein Mitglied des Überwachungsorgans soll nicht Mitglied der Anteilseignerversammlung sein. C

Anmerkung:

Diese Regelung dient der Vermeidung von Interessenkonflikten. Die Anteilseignerversammlung hat nämlich beispielsweise das Überwachungsorgan im Zuge der Genehmigung des Jahresabschlusses des Unternehmens zu entlasten und die Vergütung für die Mitglieder des Überwachungsorgans festzulegen.

Um solchen Interessenkonflikten entgegenzuwirken, hat etwa in den Fällen, in denen der Geschäftsführer des Mutterunternehmens Mitglied der Anteilseignerversammlung und Mitglied des Überwachungsorgans ihres Tochterunternehmens ist, letztlich seine Entlastung für die Tätigkeit im Überwachungsorgan des Tochterunternehmens durch die Anteilseigner-

versammlung oder durch das Überwachungsorgans des Mutterunternehmens zu erfolgen.

11.7 Überwachungstätigkeit bei Unternehmen ohne Überwachungsorgan

Besteht kein Überwachungsorgan, obliegt den Anteilseignern die Überwachung der Geschäftsleitung.

K

12. Transparenz

12.1 Veröffentlichungen von Informationen der Unternehmen

Vom Unternehmen veröffentlichte Informationen, die das Unternehmen betreffen, sind auch auf dessen Internetseite unmittelbar oder durch einen Link zugänglich zu machen. Hierzu zählen der Corporate Governance Bericht, Jahresabschluss bzw. sonstiger Rechnungsabschluss sowie gegebenenfalls der Lagebericht und ein nichtfinanzialler Bericht oder eine nichtfinanzielle Erklärung gemäß § 243b UGB.

K

Im Wettbewerb stehende Unternehmen sind von der Veröffentlichungspflicht jener unternehmensbezogenen Informationen, die zu einem Wettbewerbsnachteil führen könnten, ausgenommen.

K

12.2 Offenlegung der Vergütungen der Mitglieder der Geschäftsleitung und des Überwachungsorgans

Die Offenlegung der Vergütungen der Mitglieder der Geschäftsleitung und des Überwachungsorgans bedarf der Zustimmung der Betroffenen.

K

Bei der Neu- oder Wiederbestellung von Mitgliedern der Geschäftsleitung und des Überwachungsorgans ist für eine vertragliche Zustimmungserklärung dieser Mitglieder zur Offenlegung Sorge zu tragen.

K

13. Interne Revision

13.1 Einrichtung der internen Revision

Unternehmen mit mehr als 30 Bediensteten oder einem Jahresumsatz von mehr als 1 Mio. € und Konzerne haben interne Revisionsstellen (*interne Revision*) einzurichten, die auf Basis allgemein anerkannter internationaler Revisionsstandards innerbetriebliche Revisionen durchführen; die interne Revision ist mit den erforderlichen Ressourcen auszustatten.

K

Anmerkung:

Zum Begriff Jahresumsatz siehe Anmerkung zu Punkt 4.1.

Die Verpflichtung zur Einrichtung einer Innenrevision bedeutet nicht, dass hierfür eine eigene Organisationseinheit zu schaffen ist. Es hängt von der Größe des Unternehmens und dem damit gewöhnlich anfallenden Umfang der Revisionstätigkeit ab, wie die Innenrevision im Unternehmen implementiert wird. Die interne Revision hat nach den IIA-Standard des International Institute of International Auditors, den ISSAI GOV-Leitlinien der INTOSAI und den ISA-Standards (insbesondere IFAC 315 und 610) zu erfolgen.

13.2 Gemeinsame Revisionsstelle

Ein Unternehmen kann für sich und seine Tochterunternehmen eine gemeinsame Revisionsstelle einrichten. Ebenso können mehrere kleinere Unternehmen eine gemeinsame Revisionsstelle einrichten oder durch eine externe Beauftragung ihrer Verpflichtung nachkommen.

C

13.3 Organisatorische Eingliederung der internen Revision

Die interne Revision soll unmittelbar der Geschäftsleitung oder der Konzernspitze unterstellt werden. Die Bestellung des Leiters der internen Revision soll durch das Überwachungsorgan genehmigt werden, wenn ein solches eingerichtet ist.

C

13.4 Erteilung der Prüfungsaufträge

Die Prüfungsaufträge sind schriftlich zu erteilen. Sie haben sich insbesondere auf das Rechnungs- und Finanzwesen, auf die Beachtung der für das Unternehmen bedeutsamen Vorschriften, der Anweisungen und Richtlinien der Geschäftsleitung sowie auf die Wirtschaftlichkeit der laufenden Geschäfte und Maßnahmen zu erstrecken.

K

13.5 Information über Prüfungsaufträge

Über die Prüfaufträge ist das Überwachungsorgan des Unternehmens zu informieren. Die Prüfberichte der internen Revision sind auch dem Überwachungsorgan auf Verlangen zu übermitteln.

K

14. Rechnungswesen/-legung und Abschlussprüfung

14.1 Anforderungen an das Rechnungswesen

14.1.1 Das Rechnungswesen des Unternehmens muss ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage und eine Unternehmensplanung sowie - durch eine geeignete Kosten- und Leistungsrechnung - eine Kontrolle der Wirtschaftlichkeit ermöglichen.

K

14.1.2 Das Rechnungswesen muss auch den Anforderungen des Planungs- und Berichterstattungssystems gemäß § 67 Abs. 3 BHG 2013 entsprechen.

K

14.2	<u>Rechnungslegung</u>	
14.2.1	Anteilseigner und Dritte werden vor allem durch den Jahresabschluss / Lagebericht bzw. durch den Konzernabschluss / Konzernlagebericht des Unternehmens informiert.	K
14.2.2	Jahresabschlüsse / Konzernabschlüsse und Lageberichte / Konzernlageberichte sind, soweit gesetzlich nichts Besonderes geregelt ist, in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buchs des UGB aufzustellen und nach diesen Vorschriften zu prüfen.	K
14.2.3	Der Jahresabschluss / Konzernabschluss und der Lagebericht / Konzernlagebericht wird von der Geschäftsleitung aufgestellt, sofern gesetzlich erforderlich, vom Abschlussprüfer geprüft und vom Überwachungsorgan nach den jeweils geltenden gesetzlichen und satzungsgemäßen Regelungen geprüft und beschlossen.	K
14.2.4	Das Unternehmen soll eine Liste von Drittunternehmen veröffentlichen, an denen es eine Beteiligung hält. Stellt das Unternehmen einen Jahresabschluss / Konzernabschluss auf, soll die Liste in den Anhang / Konzernanhang übernommen werden.	C
14.2.5	Im Anhang des Jahresabschlusses sind insbesondere darzustellen	K
14.2.5.1	die Beziehungen des Unternehmens zu den Anteilseignern, zu den Mitgliedern der Geschäftsleitung sowie des Überwachungsorgans und deren nahestehenden Einrichtungen und Personen;	
14.2.5.2	Kreditgewährungen an Organe und Mitarbeiter des Unternehmens;	
14.2.5.3	Geschäfte zwischen Mitgliedern der Geschäftsleitung und Unternehmen;	
14.2.5.4	Dienstleistungs- und Werkverträge von Mitgliedern eines Überwachungsorgans mit dem Unternehmen;	
14.2.5.5	die Vergütungen der Mitglieder der Geschäftsleitung und der Mitglieder des Überwachungsorgans.	
14.2.6	Der geprüfte Jahresabschluss ist dem nach dem Gesetz vorgesehenen Organ zur Genehmigung (<i>Feststellung</i>) vorzulegen. Eine Gleichschrift des Jahresabschlusses ist unverzüglich dem Rechnungshof zu übermitteln (§ 12 Abs. 2 <i>Rechnungshofgesetz 1948</i>).	K
	Ist das Kalenderjahr das Geschäftsjahr, soll der geprüfte Jahresabschluss möglichst bis 30. Juni des Folgejahres dem Rechnungshof vorgelegt werden.	C

Anmerkungen:

Gemäß § 96 Abs.1 AktG iVm § 222 Abs. 1 UGB ist der Jahresabschluss einer Aktiengesellschaft dem Aufsichtsrat zur Feststellung vorzulegen.

Gemäß § 104 Abs. 3 AktG ist der Jahresabschluss einer Aktiengesellschaft der Hauptversammlung zur Feststellung vorzulegen, wenn der Aufsichtsrat den Jahresabschluss nicht gebilligt hat oder sich Vorstand und Aufsichtsrat für eine Feststellung durch die Hauptversammlung entschieden haben.

Der Aufsichtsrat einer GmbH hat gemäß § 30k Abs. 1 GmbHG den Jahresabschluss zu prüfen und der Generalversammlung darüber zu berichten. Die Generalversammlung hat den Jahresabschluss gemäß § 35 Abs. 1 Z 1 leg. cit.zu prüfen und festzustellen..

Gemäß § 12 Z 3 AMA-Gesetz 1992 beschließt der Verwaltungsrat der juristischen Person des öffentlichen Rechts Agrarmarkt Austria dessen Jahresabschluss.

Gemäß § 45 Abs. 2 des Arbeitsmarktservicegesetzes genehmigt der Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz den Jahresabschluss des Dienstleistungsunternehmens des öffentlichen Rechts mit eigener Rechtspersönlichkeit „Arbeitsmarktservice“.

Gemäß § 52 Abs. 5 Z 2 Bundesstatistikgesetz 2000 ist der Jahresabschluss der Bundesanstalt Statistik Österreich dem Wirtschaftsrat zur Beschlussfassung vorzulegen; gemäß § 53 Abs. 4 Z 1 obliegt die Feststellung des Jahresabschlusses dem Bundeskanzler.

14.3 Bestellung des Abschlussprüfers

14.3.1 Vor der Beschlussfassung über die Erstattung eines Vorschlags zur Bestellung eines Abschlussprüfers durch das Überwachungsorgan (§ 270 Abs. 1a UGB) bzw. vor der Bestellung ist vom vorgesehenen Abschlussprüfer eine Erklärung einzuholen, ob und gegebenenfalls welche geschäftlichen, finanziellen, persönlichen oder sonstigen Beziehungen zwischen dem zu prüfenden Unternehmen und seinen Organmitgliedern und dem Abschlussprüfer bestehen, die Zweifel an dessen Unabhängigkeit begründen könnten. K

14.3.2 Die Erklärung gemäß Punkt 14.3.1 hat § 270 Abs. 1a UGB zu entsprechen und sich auch darauf zu erstrecken, in welchem Umfang im vorangegangenen Geschäftsjahr Leistungen für das Unternehmen, insbesondere auf dem Beratungssektor, erbracht wurden bzw. für das folgende Jahr vereinbart sind. K

14.3.3 Ein Abschlussprüfer darf nur bestellt werden,
– wenn keiner der Befangenheits- oder Ausschlussgründe gemäß §§ 271 bis 271c UGB vorliegt und K

- wenn der Abschlussprüfer (als natürliche Person oder als Wirtschaftsprüfungsgesellschaft) über eine Registrierung gemäß § 52 Abschlussprüfer-Aufsichtsgesetz – APAG verfügt.

Anmerkung:

Gemäß § 271a Abs. 1 Z 4 UGB darf ein Wirtschaftsprüfer oder eine Wirtschaftsprüferin nicht zum Abschlussprüfer bestellt werden, wenn er oder sie bereits in sieben Fällen den Bestätigungsvermerk gezeichnet hat, es sei denn, die Prüfungstätigkeit wurde für zumindest drei aufeinander folgende Geschäftsjahre unterbrochen.

14.3.4 Mit dem Abschlussprüfer ist zu vereinbaren, dass der Vorsitzende des Überwachungsorgans über während der Prüfung auftretende mögliche Ausschluss- oder Befangenheitsgründe unverzüglich unterrichtet wird. K

14.3.5 Verträge mit dem Abschlussprüfer über zusätzliche, nicht mit der Prüfung des Jahresabschlusses unmittelbar im Zusammenhang stehende Beratungs- oder sonstige Dienstleistungen dürfen nur mit Zustimmung des Überwachungsorgans abgeschlossen werden. K

14.3.6 Der Bestellung eines Abschlussprüfers soll ein Vergabeverfahren vorangehen. Nach Prüfung von sieben aufeinanderfolgenden Geschäftsjahren ist ein anderer Abschlussprüfer zu bestellen. Dieser darf nicht demselben Netzwerk (§ 271b Abs. 1 UGB) angehören wie der vorherige Prüfer. K

Anmerkung:

Anderer Abschlussprüfer bedeutet die Betrauung eines anderen Wirtschaftsprüfers oder einer anderen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (sogenannte externe Rotation) und nicht nur den Wechsel zu einer anderen Person derselben Wirtschaftsprüfungsgesellschaft.

14.3.7 Den Vertrag mit dem bestellten Abschlussprüfer zur Vornahme der Abschlussprüfung hat das Überwachungsorgan abzuschließen (§ 270 Abs. 1 UGB). K

14.3.8 Mit dem Abschlussprüfer ist im Vertrag über die Prüfung des Jahresabschlusses dessen Verpflichtung zu vereinbaren, K

14.3.8.1 dem Überwachungsorgan über alle wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse, die sich bei der Durchführung der Abschlussprüfung (zB im Rahmen der Vorprüfung) ergeben, und über das Vorliegen eines Reorganisationsbedarfs unverzüglich zu berichten.

Anmerkung:

Die Regelung ist im Sinne des § 273 Abs. 2 und 3 UGB zu verstehen.

- 14.3.8.2 im Prüfungsbericht zu vermerken, wenn bei der Durchführung der Abschlussprüfung Tatsachen festgestellt werden, die eine Unrichtigkeit der von der Geschäftsleitung und/oder vom Überwachungsorgan abgegebenen Erklärung zum Kodex ergeben;
- 14.3.8.3 dem Überwachungsorgan und seinen Prüfausschuss über den Jahres- bzw. Konzernabschluss zu berichten und über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung zu informieren;
- 14.3.8.4 neben dem Prüfbericht über den Jahresabschluss der Geschäftsleitung und dem Überwachungsorgan gegebenfalls einen Managementletter mit den Schwachstellen im Unternehmen vorzulegen;
- 14.3.8.5 die Funktionsfähigkeit des Risikomanagements auf Grundlage der in der Jahresabschlussprüfung vorgelegten Unterlagen zu beurteilen und darüber der Geschäftsleitung und dem Überwachungsorgan zu berichten.

15. Corporate Governance Bericht

15.1 Allgemeines

- 15.1.1 Die Geschäftsleitung und das Überwachungsorgan haben jährlich über die Corporate Governance des Unternehmens zu berichten (*Corporate Governance Bericht*). Der Bericht ist gemeinsam mit dem Jahresabschluss dem nach dem Gesetz zur Genehmigung des Jahresabschlusses zuständigen Organ vorzulegen.

K

Anmerkung:

Ungeachtet dessen, ob ein Überwachungsorgan installiert ist oder nicht, ist ein solcher Bericht zu erstellen und zu veröffentlichen. Wenn kein Überwachungsorgan installiert ist, hat die Erklärung nur durch die Geschäftsleitung allein zu erfolgen.

- 15.1.2 Der Bericht hat die Erklärung der Geschäftsleitung und des Überwachungsorgans zu enthalten, ob diesem Kodex entsprochen wurde und wenn von verpflichtenden Regeln oder "Comply or Explain"-Regeln abgewichen wurde/wird, aus welchen Gründen dies erfolgt ist.

K

- 15.1.3 Der Bericht hat auch insbesondere eine Darstellung der
- Zusammensetzung und Arbeitsweise der Geschäftsleitung und des Überwachungsorgans,
 - Vergütungen der Geschäftsleitung und der Mitglieder des Überwachungsorgans und
 - Berücksichtigung von Genderaspekten in der Geschäftsleitung und im Überwachungsorgan zu enthalten.

K

- 15.1.4 Das Mutterunternehmen eines Konzerns kann für alle zum Konzern gehörenden Unternehmen einen Gesamtkonzern-

C

bericht erstellen, in dem alle Darstellungen und Erklärungen der einzelnen Unternehmen ausgewiesen sind. Die einzelnen Unternehmen haben in diesem Fall gemäß Punkt 12.1 den Konzernbericht auf der Internetseite der Gesellschaft unmittelbar oder über einen Link oder einen Hinweis zum Konzernbericht zugänglich zu machen,

15.2 Darstellung der Geschäftsleitung und des Überwachungsorgans

Im Corporate Governance Bericht sind zu veröffentlichen:

- 15.2.1 Namen und Geburtsjahr der Mitglieder der Geschäftsleitung; K
- 15.2.2 Datum der Erstbestellung zum Mitglied der Geschäftsleitung und Ende der laufenden Funktionsperiode;
- 15.2.3 Kompetenzverteilung zwischen den Mitgliedern der Geschäftsleitung;
- 15.2.4 Mitgliedschaft der einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung in Überwachungsorganen anderer Unternehmen;
- 15.2.5 Namen und Geburtsjahr der Mitglieder des Überwachungsorgans;
- 15.2.6 Datum der Erstbestellung zum Mitglied des Überwachungsorgans und Ende der laufenden Funktionsperiode;
- 15.2.7 Mitgliedschaft der einzelnen Mitglieder des Überwachungsorgans in Ausschüssen des Überwachungsorgans;
- 15.2.8 Bestehen einer D&O Versicherung für die Mitglieder der Geschäftsleitung und/oder des Überwachungsorgans.

15.3 Darstellung der Vergütungen

- 15.3.1 Die Gesamtvergütungen der Mitglieder der Geschäftsleitung sind nach Maßgabe des Punktes 12.2 individualisiert, aufgeteilt nach erfolgsunabhängigen und erfolgsbezogenen Komponenten unter Namensnennung darzustellen. Dies gilt auch für Leistungen, die den Mitgliedern bzw. früheren Mitgliedern der Geschäftsleitung für den Fall der Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt und im Laufe des Geschäftsjahrs gewährt worden sind. K

- 15.3.2 Die Vergütungen der Mitglieder des Überwachungsorgans sind nach Maßgabe des Punktes 12.2 aufgegliedert nach Bestandteilen unter Namensnennung für das gesamte Überwachungsorgan darzustellen, wobei auch die Vergütungen für jeden Ausschuss miteinzubeziehen sind. Dabei sind auch

die vom Unternehmen an die Mitglieder des Überwachungsorgans gezahlten Vergütungen oder gewährten Vorteile gesondert anzugeben.

- 15.3.3 Hat das Unternehmen die Vergütung für ein Mitglied des Überwachungsorgans an den Bund zu zahlen, so ist auch diese Vergütung darzustellen.

K

15.4 Berücksichtigung von Genderaspekten

K

- 15.4.1 Der Anteil von Frauen in der Geschäftsleitung und im Überwachungsorgan und dessen Ausschüssen ist darzustellen.

- 15.4.2 Maßnahmen zur Erhöhung des Anteils der Frauen in der Geschäftsleitung, im Überwachungsorgan und in leitender Stellung (*Punkt 10*) sind zu setzen und anzuführen.

K

15.5 Externe Überprüfung des Berichtes

K

Die Einhaltung der Regelungen des Kodex sind vom Unternehmen regelmäßig, mindestens alle fünf Jahre, durch eine externe Institution evaluieren zu lassen und das Ergebnis im Corporate Governance Bericht auszuweisen.

Anmerkung:

Zur Evaluierung muss nicht notwendigerweise ein Wirtschaftsprüfer herangezogen werden. Diese Aufgabe kann jeder geeigneten Person, die nicht dem Unternehmen angehört und keine Funktion in diesem ausübt, übertragen werden.

ANHANG 1

Für den Corporate Governance-Bericht wird folgende Grundstruktur empfohlen:

1. Bekenntnis zum Kodex und Bekanntgabe der Abweichungen:

Bekenntnis der Geschäftsleitung und des Überwachungsorgans des Unternehmens zum B-PCGK 2017 und Angabe, wo dieser öffentlich zugänglich ist.

Folgende Angaben bei allfälligen Abweichungen vom Kodex:

- a. Darlegung, von welchen Regeln des B-PCGK 2017 in welcher Art und Weise abgewichen wird;
- b. Darlegung der Gründe für die Abweichung.

Diese Angaben sollen hinreichend klar, präzise und umfassend sein, damit die Anteilseigner beurteilen können, welche Konsequenzen sich aus der Abweichung von einer bestimmten Regel ergeben.

2. Zusammensetzung der Organe und Organbezüge:

a. Zu den einzelnen Mitgliedern der Geschäftsleitung:

- Name, Geburtsjahr, Datum der Erstbestellung und des Endes der laufenden Funktionsperiode sowie Angabe, welche Funktion in der Geschäftsleitung wahrgenommen wird;
- Mandate in Überwachungsorganen anderer Unternehmen;
- die im Geschäftsjahr gewährten fixen und variablen Vergütungen;
- die angewandten Grundsätze, insbesondere an welche Leistungskriterien die variable Vergütung anknüpft;
- das Bestehen einer allfälligen Haftpflichtversicherung gemäß Punkt 8.3.3;
- die Kosten des Unternehmens im Geschäftsjahr für eine allfällige vertragliche Altersversorgung.

b. Zu den einzelnen Mitgliedern des Überwachungsorgans:

- Name, Geburtsjahr, Datum der Erstbestellung und des Endes der laufenden Funktionsperiode sowie Angabe, welche Funktion (*zB Vorsitzender, stellvertretender Vorsitzender*) im Überwachungsorgan wahrgenommen wird;
- die im Geschäftsjahr gewährten Vergütungen und Aufwandsersätze;
- Mitgliedschaft und Funktion in Ausschüssen des Überwachungsorgans;
- gegebenenfalls Gegenstand und Entgelt von Verträgen gemäß Punkt 11.6.5;
- das Bestehen einer allfälligen Haftpflichtversicherung gemäß Punkt 8.3.3.

3. Angaben zur Arbeitsweise von Geschäftsleitung und Überwachungsorgan:

a. Zur Arbeitsweise der Geschäftsleitung:

- Besteht die Geschäftsleitung aus mehr als einem Mitglied, die Kompetenzverteilung zwischen den Mitgliedern;
- Anführung der Geschäfte und Maßnahmen, zu welchen die Geschäftsleitung nach den für das Unternehmen geltenden Regelungen die Zustimmung des Überwachungsorgans einzuholen hat.

b. Zur Arbeitsweise des Überwachungsorgans:

- Anzahl und Art der Ausschüsse des Überwachungsorgans und deren Entscheidungsbefugnisse;
- Anzahl der Sitzungen des Überwachungsorgans im Geschäftsjahr und Schwerpunkte seiner Tätigkeit;
- Anzahl der Sitzungen der Ausschüsse des Überwachungsorgans im Geschäftsjahr und Schwerpunkte ihrer Tätigkeit;
- Anführung der Mitglieder des Überwachungsorgans, die im Geschäftsjahr an mehr als der Hälfte der Sitzungen des Aufsichtsrats nicht teilgenommen haben.

4. Angaben zu Maßnahmen zur Förderung von Frauen:

- Angabe des Frauenanteils in der Geschäftsleitung, im Überwachungsorgan, in dessen Ausschüssen und in leitender Stellung (Punkt 10.) im Unternehmen;
- Beschreibung der im Geschäftsjahr getroffenen Maßnahmen zur Förderung von Frauen in der Geschäftsleitung, im Überwachungsorgan und in leitender Stellung.

5. Angaben über die externe Evaluierung:

Bericht über das Ergebnis der letzten externen Evaluierung (Punkt 15.5.)

ANHANG 2 (Verzeichnis der angegebenen Literatur)

Hengstschläger, Johannes, Rechnungshofkontrolle, Kommentar zum fünften Hauptstück des B-VG „Rechnungs- und Gebarungskontrolle“, 2000

Korinek Karl, Holoubek Michael (Hrsg), Österreichisches Bundesverfassungsrecht, Wien 2007

Kucska-Stadlmayer Gabriele, Das Disziplinarrecht der Beamten, 2003

Reich-Rohrwig Johannes, Das österreichische GmbH-Recht I in systematischer Darstellung, Wien 1997

Jabornegg/Strasser, Kommentar zum Aktiengesetz, 5. Auflage (2011)

Doralt/Nowotny/Kaiss, Kommentar zum Aktiengesetz, 2. Auflage (2012)

Koppensteiner/Rüffler, GmbH-Gesetz Kommentar, 2. Auflage (2007)